

Schweizer Demokrat


Zeitung für eine freie und unabhängige Schweiz, vormals «Volk + Heimat», 41. Jahrgang

AZB 3001 Bern / Postcode 1

Werbepreis Fr. 3.– / Jahresabo Fr. 45.–

Erscheint monatlich

Nr. 9 2006

Démocrate  Suisse
Pages 13–15

2 x JA

Asyl- und Ausländergesetz: Missbräuche stoppen!



Bernhard Hess,
Nationalrat
und SD-Zentral-
präsident, Bern

Am 24. September 2006 werden wir über das revidierte Asylgesetz und ein neues Ausländergesetz abzustimmen haben. Das Asylgesetz regelt das Verfahren von Asylbewerbern von der Einreichung des Gesuchs bis zur Aufnahme, bzw. Ablehnung. Das Ausländergesetz regelt die Einreise, den Aufenthalt und die allfällige Wegweisung von Ausländern. Es gilt faktisch nur für Personen, die nicht aus den EU-Staaten stammen, da der Aufenthalt der EU-Staatsangehörigen durch das – durch die SD bekämpfte – Personenfreizügigkeitsabkommen geregelt ist.

POSTCODE 1

AZB 3001 Bern

Um es gleich vorweg zu nehmen: Sowohl das neue Ausländergesetz wie auch das revidierte Asylgesetz sind keine Zaubermittel gegen Masseneinwanderung in das Missbrauchsparadies Schweiz. Insbesondere wurden in der Parlamentsdebatte SD-Forderungen wie ein Einwanderungsstopp aus kulturfremden Ländern, verschärfte Haftbedingungen für Kriminelle und konsequente Wegweisung illegal Ein-

gereister zum Teil deutlich abgelehnt. Beide Gesetze stellen aber wichtige Schritte zur Bekämpfung des Missbrauches unseres Systems durch Scheinflüchtlinge, Profiteure und Kriminelle dar. Noch immer kämpfen wir mit 10 000 neuen Asylgesuchen pro Jahr, von denen immer noch 75 % missbräuchlich sind. Zudem wächst auch die Zuwanderung zum Sozialsystem immer noch, und die Instrumente des alten Ausländergesetzes aus den Dreissigerjahren genügen längst nicht mehr. Deshalb mussten sie revidiert werden.

Auch unsere Nachbarstaaten verschärfen ihre Gesetze laufend, und wenn die Schweiz nicht so rasch als möglich nachzieht, wird sie schnell wieder zum Missbrauchsparadies inmitten Europas.

Verschärfte Asylpraxis ist im Sinne der SD

Das revidierte Asylgesetz soll dafür sorgen, dass Missbräuche endlich wirkungsvoll bekämpft werden können, denn nach wie vor müssen $\frac{3}{4}$ der Gesuche abgelehnt werden, d. h. 75 % der Asylbewerber sind keine echten Flüchtlinge, sondern versuchen auf diesem Weg in die Schweiz einzuwandern. Bisher genügten die gesetzlichen Grundlagen nicht, um diesem Missbrauch zu begegnen. Ganz im Sinn der SD bringt das neue Asylgesetz eine Reihe von wichtigen Verbesserungen wie:

- eine neu formulierte **Drittstaatenregelung**, welche eine leichtere Wegweisung ermöglicht, wenn jemand aus einem sicheren Drittstaat in die Schweiz gereist ist;
- **Nichteintretensentscheide** für alle Personen, die keinen Pass oder andere Reisepapiere vorweisen können;
- **neue und längere Haftmöglichkeiten**;



Bis jetzt allein. Das einzige Minarett in der deutschen Schweiz steht in Zürich. Folgen bald mehr? Wir Schweizer Demokraten wissen uns dagegen zu wehren.

- die Ausdehnung des **Sozialhilfestops** auf Personen mit abgelehntem Asylgesuch;
 - **Gebühren** für Wiedererwägungsgesuche;
 - **höhere Strafen** für Schlepper.
- Die Revision erfüllt zwar nicht alle Forderungen der Schweizer Demokraten, ist aber ein wesentlicher Schritt in die richtige Richtung. Weitere Revisionen werden nötig sein, schon alleine um bei den weiteren Verschärfungen der Asylpraxis der EU voraus zu sein.

Fortsetzung Seite 2

Inhalt

- 3 Fürchtet euch nicht vor den Kirchenvertretern
- 4 Die zehn Gebote Gottes
- 5 Die Schweiz und ihre Neutralität
- 8 Bundesfeier auf dem Rütli
- 9 Wie der Islam Europa erobert
- 10 SD 1.-August-Feier
- 12 Der Leser hat das Wort

Missbräuche stoppen!

Fortsetzung von Seite 1

Die wichtigsten revidierten Punkte des Asylgesetzes

Neue Drittstaatenregelung

Neu können Asylsuchende, welche sich vor der Einreise in die Schweiz in einem sicheren Drittstaat aufgehalten haben, in einem beschleunigten Verfahren dorthin weggewiesen werden. Bisher musste in jedem Einzelfall nachgewiesen werden, dass es sich um einen sicheren Drittstaat handelt und dass die Person eine besondere Beziehung zu diesem Land hat. Dies fällt nun weg. Damit wird die missbräuchliche Praxis unterbunden, dass Personen sichere Länder durchreisen, weil sie lieber in der Schweiz um Asyl nachsuchen als in anderen Ländern.

Strengere Papierregelung

Nachdem zahlreiche Asylbewerber auf Anraten ihrer Schlepper ihre Papiere vernichteten, um ihre Identität zu verschleiern und eine Rückschaffung zu verunmöglichen, wurde eine Papierregelung eingeführt: Auf Gesuche von Personen ohne Papiere, die eine Identifikation ermöglichten, wurde nicht mehr eingetreten. Es genügte aber, Geburtsurkunden oder Führerausweise oder ähnliches als Identifikationspapiere abzugeben. In der Praxis erwies sich diese Regelung aber als zu lasch. Erstens konnten Geburtsurkunden und Führerausweise leicht gefälscht werden, zweitens musste bei Ablehnung des Asylgesuchs ein langes Verfahren für die Reisepapierbeschaffung in Gang gesetzt werden. Das heisst, abgelehnte Asylanten verliessen trotz erfolgtem Entscheid das Land lange nicht. Neu müssen Identitätspapiere oder Reisepapiere vorgewiesen werden, sonst wird auf das Gesuch nicht eingetreten.

Ausdehnung des Sozialhilfestopps auf alle Asylbetrüger

Bisher galt ein Sozialhilfestopp für Personen, auf deren Gesuch nicht eingetreten wird. Das heisst, diese Personen erhielten keine Sozialhilfe mehr, sondern nur noch Nothilfe im Rahmen von einfacher Unterkunft und Mahlzeit. Neu wird der Sozialhilfestopp auf alle Personen mit einem rechtskräftigen negativen Entscheid ausgedehnt. Für beide Kategorien gilt, dass sie die Asylgründe nicht erfüllen und somit das Asylrecht missbraucht haben. Sie erhalten folgerichtig nur noch Nothilfe, denn sie müssen das Land verlassen.

Frühe Papierbeschaffung

Wird ein Asylgesuch abgelehnt, müssen oft auf mühselige Weise die Papiere für die Rückschaffung erst beschafft werden. Bisher konnte dieses Verfahren der Papierbeschaffung erst nach dem definitiven Entscheid beginnen. Neu können die Behörden bereits ab dem erstinstanzlichen Entscheid damit anfangen.

Weniger Kosten für vorläufig Aufgenommene

Wird das Asylgesuch einer Person abgelehnt, ist aber die Ausschaffung unzumutbar, so werden diese Personen vorläufig aufgenommen (Anmerkung der Redaktion: Die SD lehnt Sonderkategorien wie vorläufig und humanitär Aufgenommene usw. ab, denn solche Sonderregelungen verwässern das sonst gut revidierte Asylgesetz). Künftig sollen vorläufig Aufgenommene aber nach Möglichkeit arbeiten, um selber für sich und ihre Familie aufzukommen und nicht der Sozialhilfe zur Last zu fallen. Damit können Kosten gespart werden. Es ist aber auch klar, dass die Integration in den Arbeitsmarkt nach wie vor nicht gleichbedeutend mit einem dauernden Bleiberecht ist.

Längere Haft und neue Haftgründe

Um den Vollzug zu erleichtern, kann ein abgewiesener Asylbewerber, aber auch ein sich illegal in der Schweiz aufhaltender Ausländer, inhaftiert werden. Die Haftdauer kann nötigenfalls bis 18 Monate verlängert werden. Dies verhindert das immer wieder praktizierte Aussetzen der Haft, um einen Aufenthalt in der Schweiz doch noch zu erzwingen.

Einzelrichterliche Zuständigkeit bei der Asylrekurskommission

Strengt ein abgewiesener Asylsuchender ein Rekursverfahren bei der Asylrekurskommission (ARK) an, kann er damit rechnen, dass er die Ausweisung noch etliche Monate oder gar Jahre hinauszögern kann, weil das Verfahren in der Regel lange dauert. Die Verfahrensdauer soll nun verkürzt werden, indem künftig die Richter als Einzelrichter und nicht im Gremium entscheiden.

Verknüpfung von Entwicklungshilfe und Asylpolitik

Zahlreiche Herkunftsstaaten von Asylsuchenden profitieren doppelt von der Schweiz, indem sie sich weigern, ihre Staatsangehörigen wieder aufzunehmen, also die illegale Migration in die Schweiz fördern, und gleichzeitig von unse-

rem Land Entwicklungshilfe beziehen. Der Bundesrat kann künftig die Verhandlungen über Rückübernahmeabkommen mit Herkunftsstaaten von Asylsuchenden mit der Gewährung von Entwicklungshilfe verknüpfen.

Die Forderung der Verknüpfung von Entwicklungshilfe und Asylpolitik ist **einer von zwei SD-Anträgen, die im Plenum erfolgreich waren**. Der zweite, der sich erfreulicherweise durchsetzen konnte, war, dass die Auszahlungshöhe der Kinderzulagen für im Ausland lebende Kinder von Asylsuchenden der jeweiligen Kaufkraft des entsprechenden Empfängerlandes angepasst wird, wobei es für die SD an und für sich fragwürdig ist, weshalb überhaupt Kinderzulagen an Kinder von Asylbewerbern ins Ausland bezahlt werden sollen.

Das neue Ausländergesetz begrenzt die Einwanderung

Das alte Ausländergesetz aus dem Jahre 1934 genügte den Anforderungen der heutigen Zeit schon lange nicht mehr. Seit den frühen 70er-Jahren haben die Parlamentarier der Nationalen Aktion und später der Schweizer Demokraten unermüdlich darauf hingewiesen, dass griffige Instrumente gegen die wachsende Zuwanderung zum Sozialsystem und die Gefährdung der Sicherheit durch kriminelle und extremistische Ausländer fehlen. Mit dem Abschluss des – durch die SD bekämpften – Personenfreizügigkeitsabkommens mit der EU wurde eine umfassende Revision des Ausländergesetzes unumgänglich. Das vorliegende Gesetz fiel nicht in allen Punkten vollumfänglich zur Zufriedenheit der Schweizer Demokraten (SD) aus, aber **wesentliche Verbesserungen konnten erzwungen werden**: Die Legalisierung der Sans-Papiers konnte verhindert und die Zwangsmassnahmen konnten deutlich verbessert werden.

Die wichtigsten Verbesserungen

Mit dem neuen Ausländergesetz werden wichtige SD-Forderungen für griffigere Massnahmen gegen den Missbrauch des Ausländergesetzes in unserem Land erfüllt. Es bringt:

- eine Einschränkung der Zuwanderung von Personen aus Nicht-EU-Staaten;
- weniger Scheinehen und missbräuchliche Aufenthalte;
- griffige Instrumente zur Bekämpfung der Zuwanderung zum Sozialsystem;
- schärfere Zwangsmassnahmen für die Wegweisung, Verhaftung oder Ausschaffung von extremistischen und kriminellen Ausländern;

- Grundlagen zur Ausweisung illegaler Sans-Papiers;
- Höhere Strafen für Schlepper und Personen, die Ausländer illegal einschleusen, verstecken und beschäftigen.

Das neue Ausländergesetz im Detail

Die Zuwanderung zum Sozialsystem wird unterbunden

Die Behörden haben künftig ausdrücklich die im Gesetz verankerte Möglichkeit, eine Aufenthaltsbewilligung nicht mehr zu verlängern, wenn die Person oder jemand, für den diese sorgt, sozialhilfeabhängig ist. Auch die Niederlassungsbewilligung kann künftig widerrufen werden, wenn die Person oder eine Person, für welche diese sorgt, in erheblichem Masse auf Sozialhilfe angewiesen ist.

Engere Fristen für den Familiennachzug von Kindern

Der Anspruch auf Familiennachzug kann künftig nur innert fünf Jahren nach der Erteilung der Aufenthaltsbewilligung geltend gemacht werden, im Fall von Kindern über zwölf Jahren gilt sogar eine Frist von einem Jahr. Kinder können künftig nur innert fünf Jahren nachgezogen werden. Damit wird verhindert, dass Jugendliche kurz vor Erreichen des 18. Altersjahrs, welches heute die Grenze für den Familiennachzug bildet, in die Schweiz nachgezogen werden und dann ohne Ausbildung keine Stelle finden. Zudem wird damit auch der Kettenfamilienachzug verhindert.

Instrumente gegen Scheinehen

Künftig können Zivilstandsbeamte die Eheschliessung verweigern, wenn es sich um eine offensichtliche Scheinehe handelt, zudem können Dritte gegen eine Scheinehe klagen.

Höhere Strafen für Personen, die Ausländer illegal einschleusen und verstecken

Künftig droht Gefängnis oder bis zu 20 000 Franken Busse, wer jemandem zum illegalen Aufenthalt in der Schweiz verhilft, und wer dies sogar gewerbsmässig tut, also ein Schlepper ist, dem droht sogar Zuchthaus und eine Busse bis 500 000 Franken.

Die Notbremse ziehen!

Gäste sind in der Schweiz immer willkommen. Aber wir wissen auch, dass sie wieder gehen. Wir behalten sie in guter Erinnerung, und unsere Gäste behalten uns in guter Erinnerung. Sie nennen sich

Fürchtet euch nicht vor den Kirchenvertretern

Gedanken zu den bevorstehenden Abstimmungen

SD/GG. Wenn man Stellungnahmen von Kirchenvertretern zu den Themen Einwanderung und Asyl beurteilt, muss man zunächst feststellen, dass sie nicht eigenständig sind. Es sind die gleichen Argumente, die man sattsam aus den roten, grünen und linksliberalen Ecken kennt. Das hindert die Kirchen-Funktionäre jedoch nicht, ihren Stellungnahmen einen besonderen christlichen oder humanitären Nimbus zu verleihen, von dem zumindest einige annehmen, dass er auch auf ihre Person abfällt und ihnen deshalb eine besondere Autorität verleiht. Auf einige Besonderheiten der Argumentation sei im folgenden hingewiesen:

Der Umgang mit der Bibel

Um eine Stellungnahme zu einer christlichen zu machen, genügt meistens schon, dass man den Text mit einem Bibelwort garniert, das zu Beginn zitiert wird.

Beliebt ist z.B. 5. Mose 10,19: «Auch ihr sollt die Fremden lieben, denn ihr seid Fremde in Ägypten gewesen.» Ein solcher Text mag einen Denkanstoss geben. Es muss jedoch beachtet werden, dass grosse Teile der Bibel sich an ganz bestimmte Menschen in einer ganz bestimmten Situation wenden. Das gilt auch für den hier genannten Vers, wie aus dem zweiten Teil des Satzes ersichtlich ist. Er wurde vor mehreren Jahrtausenden an das Volk Israel gerichtet. Das bedeutet nicht, dass er auch für alle Menschen zu allen Zeiten in allen möglichen Situationen gilt. Schon gar nicht als Richtlinie für alle komplexen Probleme der heutigen Gesellschaft. Auch nicht zur Beurteilung der Details eines vorliegenden Gesetzes mit all seinen Hintergründen und Zwecken. Wer irgend einen Text aus seinem Zusammenhang herausgreift und damit de-

taillierte Antworten auf heutige Probleme ableiten will, beweist damit höchstens, dass er seinerzeit in den Exegese-Vorlesungen geschlafen hat. (Exegese: Wissenschaft der Erklärung und Auslegung eines Textes.)

Liebe, Gerechtigkeit und Zwang

Wenn Kirchenvertreter über die Themen Einwanderung und Asyl sprechen, dreht sich alles um Liebe, Barmherzigkeit, Humanität, Solidarität. Da werden aber Prinzipien, die ursprünglich zur Individualethik gehörten, mit dem Wesen und Auftrag des Staates vermischt. Aber was Christus in der Bergpredigt über Liebe und Gewaltverzicht sagte, war an seine Jünger gerichtet. Wenn diese Gebote auch für den Staat gelten würden, müssten nicht nur die Armee, sondern auch Justiz und Polizei abgeschafft werden. Es kann nicht die Aufgabe des Staates sein, die Menschen zu lieben. Wohl muss er soziale Pflichten wahrnehmen, jedenfalls gegenüber denen, die sich nicht selbst helfen können.

Die Aufgabe, die am wenigsten in Frage gestellt werden kann, besteht jedoch darin, Leib, Leben und Eigentum seiner Bürger zu beschützen. (Gerade diese Pflicht kann oder will er jedoch je länger je weniger erfüllen, wobei auch die Ausländerkriminalität eine wichtige Rolle spielt.) Um diese Aufgabe zu erfüllen, besetzt er das Gewaltmonopol und muss es wenn nötig auch einsetzen.

So haben es auch die ersten Christen verstanden, wie im Römerbrief, Kapitel 13 des Apostels Paulus zu lesen ist. Bei den Vorlagen, über die wir am 24. September abstimmen werden, geht es nun eindeutig um Gesetze, mit denen Missbrauch und Delikte verhindert werden sollen. Der Staat muss die Bedürfnisse der ganzen Bevölkerung wahrnehmen.

konsequent gegen die massenhafte Einwanderung von Ausländern und den Asylrechtsmissbrauch ausspricht. Die Linke und Multikulti-Fanatiker haben gegen beide revidierte Gesetze das Referendum ergriffen. Sie wollen eine durchmischte und identitätslose Schweiz. Es ist nun an Ihnen, **mit einem deutlichen Ja zu beiden Vorlagen der geringfügigen Verbesserung der Missbrauchs-bekämpfung im Asyl- und Ausländerrecht zum Durchbruch zu verhelfen.**



Mit ihrem Engagement zu Gunsten der Einwanderer sägen die Kirchenvertreter am eigenen Ast, denn sie geben anderen Religionsgemeinschaften Raum. Im Bild die Yavuz-Selim-Moschee und die Liebfrauenkirche in Mannheim.

Einseitigkeiten, Bevorzugungen und parteisches Verhalten sind verpönt. Was von der Politik und der Justiz verlangt wird, sollte erst recht für die Kirchen gelten. In Wirklichkeit herrscht bei den hier diskutierten Problemen bei ihren Funktionären eine geradezu widerliche Einseitigkeit, wie wir sie von ihren politischen Gesinnungsgenossen (Georg Kreis und Konsorten) her kennen. Es wird ausschliesslich zugunsten der Einwanderer polemisiert. Für, die durch die Einwanderung entstehenden Nöte, Probleme und Gefahren für die einheimische Bevölkerung hat man – wenn überhaupt – irgend einen Alibisatz übrig. Meistens wird jedoch mit der Rassistiskeule zugeschlagen. Wahrlich ein eigenartiges Verhalten von Leuten, die sich Christen nennen. Man schafft Probleme und verpasst dann denen, die darunter leiden, Ohrfeigen, wenn sie sich dagegen auflehnen!

Dass das Antirassismugesetz fremde Menschen und Religionen schützt, die Schweizer und das Christentum aber nicht, kümmert sie offensichtlich nicht.

Dass man Christen in islamischen Ländern benachteiligt, misshandelt, versklavt und ermordet, dass christliche Mädchen und Frauen vergewaltigt, entführt und anschliessend mit Muslimen zwangsverheiratet werden, löst bei den Kirchenvertretern keinen vernünftigen Protest aus. Es könnte ja den interreligiösen Dialog in der Schweiz gefährden!

Wie bei ihren politischen Partnern den arrivierten und wohlhabenden 68ern, hat diese Haltung auch damit zu tun, dass man nicht mit den Einwanderern zusammen wohnen und arbeiten muss. Man lebt in guten Wohngebieten mit entspre-

chenden Schulen und umzäunten Pfarrhäusern. So kann man auch nicht begreifen, aus welchen Gründen das angeblich fremdenfeindliche und rassistische Volk unzufrieden ist. Als Beispiel sei hier Martin Werlen erwähnt, der Abt des Klosters Einsiedeln. Es wurde gesagt, dass sein Auftreten in der «Arena» vor der Abstimmung über die Personenfreizügigkeit den Ausschlag zur Zustimmung gegeben habe. Auch beim kommenden Abstimmungskampf wird er wohl wieder als Gewissen der Nation auftreten. Aber dieser Mann wohnt in einem abgeschiedenen Ort hinter dicken Klostermauern. Dort muss er mit niemandem wegen Lärm- oder Geruchsbelästigungen oder der Zuteilung der Waschmaschine streiten. Wenn er von der Klosterkirche unterwegs zu seiner Zelle ist, wird er nicht zusammengeschlagen und beraubt. So lässt es sich trefflich über Moral predigen!

Ökologie und Nachhaltigkeit

Nach allen andern haben auch Theologen den Umweltschutz entdeckt. Damit sind auch Velofahren, Energiepolitik und anderes zu Pre-digtthemen geworden.

Wie die Roten und Grünen, von denen sie auch hier die Argumente übernehmen, haben sie aus Gründen der politischen Korrektheit ein Brett vor dem Kopf, wenn es um die Auswirkungen der Bevölkerungszahl geht. Seit 1960 hat die Bevölkerung in unserem Land durch Einwanderung um zwei Millionen zugenommen. All diese Menschen verbrauchen Atomstrom, Heizöl, Benzin und Lebensraum, der auf Kosten der Natur immer mehr abnimmt. All die Umweltschutzpedanterien, die im Namen Gottes verkündigt werden, können aber die durch die Einwanderung bedingten Mehrbelastungen nicht im Entferntesten ausgleichen.

Nachden sie auch noch die Nachhaltigkeit entdeckt haben, kann man ihnen die Frage stellen: Haben Sie sich auch schon einmal überlegt, wie es in der Schweiz mit der Ökologie in 10, 20, 50 oder 100 Jahren aussehen wird, wenn es mit der Einwanderung so weiter geht wie bisher? Oder – wenn es nach ihnen ginge – sie noch weiter liberalisiert werden soll?

Und das in einem Land, dessen bewohnbare Fläche heute schon zu den dichtbesiedeltesten der Erde gehört.

Missbräuche stoppen!

Fortsetzung von Seite 2

Gastarbeiter, Flüchtlinge, Asylbewerber und neuerdings Migranten – die Fremden, die in unser Land hineinströmen. Wir dürfen es nicht zulassen, dass unser Volk durch eine multikulturelle, identitätslose Masse ausgetauscht wird.

Wir müssen die Notbremse ziehen, wenn wir in unserer Heimat eine Zukunft haben wollen! Sie finden in uns die einzige Partei, die sich

Die Zehn Gebote Gottes für sein Volk!

Der Monatskommentar von e. Nationalrat Valentin J. Oehen



e. Nationalrat
Valentin J.
Oehen, Köniz

Im Exodus Kapitel 20 lesen wir:
Dann gab Gott dem Volk seine Gebote – und dort steht unter anderem:

- **Morde nicht!**
- **Beraube niemand seiner Freiheit und seines Eigentums!**
- **Sage nichts Unwahres über deinen Mitmenschen!**

Diese Gebote aus dem Buch der Bücher gelten sowohl für Juden wie auch für Christen und Mohammedaner.

Es ist ein altes und tausendfach belegtes Erfahrungswissen, dass Verstösse gegen diese Gebote Leid und Elend über die betroffenen Gemeinschaften und schliesslich die Gesetzesbrecher selbst bringen.

Der Blick in die nähere Vergangenheit...

Wir müssen seit Jahrzehnten ohnmächtig mitverfolgen, wie sich unsere naturgegebenen Nächsten über die oben genannten Weisungen hinwegsetzen.

– **Im ersten Drittel** des vergangenen Jahrhunderts organisierten die englischen, französischen und russischen herrschenden Kreise den Krieg gegen den wirtschaftlich aufstrebenden Konkurrenten Deutschland. Zum indirekten Auslöser der Kampfhandlungen wurde der beabsichtigte Bau der Berlin-Bagdad Bahn. Zum direkten Auslöser wurde der Mord von Sarajewo. Und dann begann das **Morden**. Millionen junger Männer aller beteiligten Nationen opferten ihr Leben auf dem sogenannten «Feld der Ehre!» Für was, für wen wirklich? Unendliches Leid, sinnlose **Zerstörung materieller Werte**, ein kultureller Rückschritt um Generationen waren das Ergebnis des ersten Weltkrieges. Und im «Friedensvertrag» von Versailles wurde der grosse Raubzug gegen die Verlierer des Krieges vollendet.

Eine **lügnerische Kriegspropaganda** – wie wir heute wissen – hatte die Kampfhandlungen begleitet, und mit **Unwahrheiten, ja schlimmen Lügen** wurden alle Bemühungen um eine echte Sanierung der

Zivilisationen in ganz Europa sabotiert. (Organisierte Weltwirtschaftskrise mit schamloser Bereicherung gewisser Kreise!) Kreise der amerikanischen Hochfinanz gleisten dann das «Projekt Hitler» auf und unterstützten nach Kräften die Barbarei in der UDSSR.

– **Ins zweite Drittel** des 20. Jahrhunderts fiel das **Morden** gegen das jüdische Volk in Europa und gegen alle Klassenfeinde in der UDSSR (GULAG) und gipfelte in einem allgemeinen Morden gegen Militärs und Zivilbevölkerung mit Flächenbombardierung von Städten, Vertreibung von Millionen von Unschuldigen aus ihrer Heimat und einer bewusst herbeigeführten Hungerkatastrophe. Im Fernen Osten setzten verrückt gewordene US-Militärs und Politiker Atombomben ein und produzierten in Minutenschnelle Hekatomben von Toten, **vernichteten unersetzliches Kulturgut und Gebrauchsgüter**. Und über allen diesen Ereignissen stand das **grosse Lügen** vom Bringen von Freiheit und Demokratie, vom Schutz der Menschenrechte und anderen schönen, humanitären Werten.

Das dritte Drittel des Jahrhunderts war gekennzeichnet durch die Stellvertreter-Kriege. Das **Morden, Zerstören von Eigentum ganzer Völker und die Unterdrückung der Freiheit und das systematische Lügen** können durch Stichworte wie

- Tibet
- Korea
- Vietnam
- Südamerika
- Afrika
- Afghanistan
- Palästina/Libanon
- Irak/Iran
- Kuba
- Balkan

angesprochen werden. Eine umfassende, detaillierte Aufzählung aller Kriegsverbrechen im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts, die zudem verbunden waren mit systematischem Belügen der Weltöffentlichkeit und der Irreführung der betroffenen Völker, würde den Rahmen meines Monatskommentars bei weitem sprengen. Also unterlasse ich es und appelliere an die Erinnerungsfähigkeit meiner Leserschaft.

Interessierten Lesern empfehle ich, zur Illustration des soeben Gesagten die Liste der UNO-Resolutionen seit 1978 zu lesen, die durch die USA (als Veto-Macht), unterstützt durch Israel, oft auch GB und gelegentlich noch durch andere Staaten wie Frankreich



Beirut in Flammen – getroffen ist der Hariri-Flughafen mit seinen Pisten. Droht der Dritte Weltkrieg?

oder Kanada, bekämpft wurden. In den Jahren 1982 und 1983 wehrten sich die USA im Alleingang mit 131, resp. 132 Stimmen gegen eine Resolution in der UNO, welche forderte, dass Bildung, Arbeit, Gesundheitsschutz, angemessene Ernährung und **nationale Entwicklung** Menschenrechte sind.

Die amerikanische Haltung scheint auch heute noch zu gelten, da Washington statt der erwähnten Rechte den freien Handel (Globalisierung) als Schlüssel für die Beendigung der Armut als Quelle des Hungers vertritt. Dies nach den Erfahrungen der letzten Jahrzehnte sicher wider besseres Wissen, aber im Bestreben, den eigenen Interessen (Grosskonzerne) zu dienen. Als Vetomacht kann sie auch eine solche Politik ungestraft durchsetzen.

...und in die Gegenwart!

Das Drama in Palästina und neuerdings im Libanon lässt uns allen den Atem stocken. Alle Verbrechen des letzten Jahrhunderts werden in konzentrierter Form

- ausgerechnet durch Israel mit seinen leidvollen Erfahrungen (aber gedeckt durch die USA) wiederholt. Zu erinnern ist an die seit Jahren andauernden
- gezielten Tötungen;
- die willkürlichen Festnahmen und Folterungen, sogar von demokratisch gewählten Regierungsmitgliedern;
- des Land- und Wasserraubes; der Zerstörung von Heimstätten, Infrastruktur- und Lebensgrundlagen;

– das kontinuierliche Belügen des eigenen Volkes und der ganzen Welt über die Hinter- und Beweggründe des schrecklichen Tuns.

In diesem Zusammenhang sind auch die Jahrhundertlügen um das Drama in Tschetschenien, die Begründungen für den Afghanistan- und den zweiten Irakkrieg usw. in Erinnerung zu rufen.

Cui bono – wem nützt es?

Die gegenwärtige Begründung für den Libanon-Krieg ist völlig lächerlich. Wegen eines Grenzzwischenfalls mit 3 Toten und 2 angeblichen Gefangenen löst man keinen Krieg mit Hunderten, ja Tausenden von Toten, Zehntausenden von Verletzten, Hunderttausenden traumatisierter Flüchtlinge und der Vernichtung von Milliarden Werten auf beiden Seiten aus.

Zwei Zitate aus fundierten Berichten der jüngsten Zeit mögen eine Antwort auf die im Zwischentitel formulierte Frage geben.

Die Bombardierung Libanons ist Teil eines sorgfältig überlegten und koordinierten militärischen Planes. Die Ausdehnung des Krieges nach Syrien und den Iran ist von den US- und israelischen Militärplanern schon beabsichtigt. Diese weitgefassete militärische Agenda hängt eng mit den strategischen Oelinteressen und Oelleitungen zusammen. Die Agenda wird von den westlichen Oelgiganten unterstützt, die die Leitungskorridore kontrollieren. Im Zusammenhang mit dem Krieg im Libanon verfolgt die Agenda die territoriale Kontrolle

der gesamten Küste des östlichen Mittelmeeres durch Israel.

Und
Die USA und Israel wählen Ziele für einen Erstschlag mit Cruise Missiles aus. Verschiedene militärische Quellen haben berichtet, dass das Personal des Pentagons, das für die Auswahl von Zielen für den Erstschlag mit Cruise Missiles zuständig ist, nach Israel geschickt wurde. Das deutet darauf hin, dass sich die Militärstrategen der USA und Israels wahrscheinlich treffen, um einen gemeinsamen Angriff gegen Syrien und/oder Iran zu planen.

Man täte gut dran zu erkennen, dass Bush sich entschieden hat, den aktuellen Krieg und das Chaos auf den ganzen Nahen Osten auszuweiten. Die Folgen für die USA werden enorm sein. Die Bombardierung Libanons in der Nähe der syrischen Grenze durch Israel deutet darauf hin, dass sie versuchen, eine Reaktion Syriens zu provozieren.

Nicht zu vergessen ist auch die Aussage von Bush am Anfang des Libanon-Feldzuges; er verkündete: *Das ist ein Unternehmen der USA, das durch Israel ausgeführt wird!*

Die Schlussfolgerung

Der jüdische Politologe Alfred Grosser liess sich in diesen Tagen u.a. wie folgt vernehmen:

«Die Nürnberger Prozesse stellten 1948 eindeutig fest: Als Kriegsverbrechen zählt jede mutwillige Zerstörung von Städten, Märkten und Dörfern und jede von militärischer Notwendigkeit nicht gerechtfertigte Verwüstung. An der Zivilbevölkerung begangene unmenschliche Handlungen sind Verbrechen gegen die Menschlichkeit.»

Dieses Statut verletzt Israel ganz bewusst; Israel begeht Kriegsverbrechen.

Es geht Israel um die Zerstörung der libanesischen Infrastruktur.

Israel verachtet Menschen, indem es Palästinenser an der Mauer Schlange stehen lässt, die in ihre Gärten oder zur Arbeit wollen. Genauso menschenverachtend ist, dass sich Israel das Recht nimmt, Bomben auf unschuldige Menschen zu werfen und Unbeteiligte zu Terroristen zu stempeln. Israel spricht sich jedes Recht zu – und kann sich der amerikanischen Unterstützung um so sicherer sein, als US-Präsident Bush dasselbe tut. Grossbritannien? Tut nur, was Amerika will. Die anderen Europäer? Plädieren für eine Waffenruhe und getrauen sich nicht, Israel zu verurteilen.

Hans Christof von Sponek, ehemaliger Koordinator des UNO-Programms «Food for Oil» für den Irak, schrieb:

Da bezeichnete die Aussenministerin Calmy-Rey das Vorgehen Israels im Südlibanon als «unverhältnismässig» und wurde deswegen vom mehrheitlich bürgerlichen Bundesrat offenbar hart gerügt.

Angesichts der Brutalität, mit welcher Israel – immer mit dem Segen und der Waffenunterstützung der USA – den Süden Libanons zerstört, Hunderte von Menschen umbringt, Hundertausende Unschuldiger zu Flüchtlingen macht, die Notversorgung der Verwundeten und Flüchtigen verunmöglicht und der Umwelt schwersten Schaden zufügt, war und ist die Aussage von Calmy-Rey nicht mehr als ein «sanftes Flüstern». Aber schon dies scheint den Repräsentanten der bürgerlichen Regierungsparteien zuviel zu sein. Es könnte ja Reaktionen, Repressionen geben von Seiten Israels und vor allem der USA. Und darum will der Bundesrat trotz aller Verbrechen des



Werbeplakat des amerikanischen Heeres.

«Wir sehen heute eine Entwicklung, die viel ernster ist als das, was man bis jetzt über den Iran und jetzt auch über den Libanon und die Gaza-Krisen sagen kann. Die Welt ist polarisiert. Das zeigt sich in vielem, zum Beispiel an der neugeschaffenen Organisation in Shanghai, der Russland und China angehören, die einen Gegenpol aufbauen will gegen die Hegemonialpolitik der Amerikaner. Man hat mehr und mehr den Mut, das Imperium Amerika anzugreifen, und das ist eine schlechte Ausgangsposition für eine konstruktive Entwicklung im Mittleren Osten.»

In dieser Situation sollte sich das «auserwählte Volk Gottes» seiner

Die Schweiz und ihre Neutralität



Unverhältnismässiges Vorgehen gegen die Zivilbevölkerung? Israelische M-109-Geschützatterie: 155-Millimeter-Panzerhaubitzen in der Feuerstellung.

Judenstaates mit Israel «business as usual» betreiben und nicht einmal den Bezug von Rüstungsgütern sistieren.

Bezeichnenderweise sind es dieselben bürgerlichen Kreise, die unser Land via PfP (Partnership for Peace!) in die Nato einbinden und dabei offenbar keinerlei Bedenken wegen unserer immerwährenden Neutralität haben. Dies, obwohl die NATO von der USA beherrscht wird und offen von einem Verteidigungsbündnis zu einer imperialen, aggressiven Armee umgewandelt wurde.

Wenn der Kleinstaat Schweiz sich an den Kriegsspielen der USA direkt oder indirekt beteiligt, braucht man offensichtlich nichts zu befürchten – auch wenn die Neutralität klar verletzt wird – Uncle Sam wirts schon richten. Die «Freunde der USA» brauchen sich – ganz wie ihr Herr und Meister – weder um Menschenrechtskonventionen, noch um Recht und

Gerechtigkeit zu kümmern, im «Kreis der Willigen» werden sie jederzeit gedeckt.

Welche Rolle spielt unsere Wirtschaft?

Vielsagend war eine Mitteilung von Ende Januar dieses Jahres, nach welcher sich die UBS von den «Schurkenstaaten» Iran und Syrien zurückziehen wolle (– sinnig gemäss die gleiche Ankündigung kam auch von der CS). Als Grund wurden die haltlosen Anschuldigungen der USA repetiert und erklärt, dass die UBS mit ihrem Entscheid den möglicherweise verschärften Sanktionsgesetzen der USA zuvorkommen wolle. Die schweizerischen Grossbanken halten sich also als Musterschüler, die, nach den Milliarden-Erpresungen durch die amerikanischen Juden, ihre Lektion gelernt haben. Das wirft zwangsläufig die Frage auf, ob und wie weit durch grosse schweizerische Unternehmen die Neutralitäts-Verpflichtungen unseres Landes sabotiert werden; eindeutig nur um ihre lukrativen Geschäfte ungehindert weiter betreiben zu können.

Müsste in dieser Situation nicht der Bundesrat den Unternehmen nahelegen, den «courant normal» im Sinne der Neutralität solange aufrecht zu erhalten, als das betroffene Land nicht durch den Sicherheitsrat sanktioniert worden ist? Dies selbst auf die Gefahr hin, damit das Missfallen der Supermacht USA und ihrer Vasallen zu erregen.

Eine Neutralität, die je nach Belieben zur Disposition steht, bedeutet nichts mehr. Sie wird zu nacktem Opportunismus.

Geschichte erinnern. Jedemal, wenn es die göttlichen Gesetze missachtete, musste es dafür bitter büssen.

In der gegenwärtigen Weltsituation kommt ihm eine Schlüsselrolle zu. Sollte der 3. Weltkrieg tatsächlich durch seine unglaublich harte und überhebliche Art der Politik ausbrechen, wird es sich mitten im tragischen Geschehen befinden.

Schon einmal sagte der Herr: «Wenn die Zeit gekommen ist, werde ich dieses Volk für seine Verfehlungen bestrafen»:

Dann werden wir alle – wie einst Moses – nur noch um Gnade und Vergebung für alle am Unglück beteiligten Völker bitten können.

Die Schweiz und ihre Neutralität

Fortsetzung von Seite 5

Gibt es eine aktive Neutralität für die Schweiz?

Calmy-Rey plädiert für eine «aktive Neutralität, die zu Stellungnahmen bei Menschenrechtsverletzungen verpflichtet» – wen immer es auch betreffen möge. Wenn sie deswegen vor allem von der SVP kritisiert wird, wird ihr Unrecht getan. Die Schweiz als Sitz des IKRK, als Depositarstaat der Menschenrechts-Konventionen darf es sich nicht leisten, das Spiel der legendären drei Affen (nichts hören, nichts sehen, nichts sagen) zu spielen. Sonst verliert sie ihre Glaubwürdigkeit und ihre Respektabilität; und schliesslich auch die Selbstachtung.

Was die USA in den letzten 30 Jahren in den aktuellen Krisengebieten getan haben (Balkan, Afghanistan, Irak), was sie als Schutzmacht Israels an Menschenrechtsverletzungen im Nahen Orient (Tausendfaches Kidnapping in Palästina, gezielte Tötungen, Ruinierung der Infrastruktur und der gesamten Lebensgrundlagen, Staatsterror gegen ein ganzes Volk, Raub von Land und Wasser usw. usf.) zu verantworten haben, was sie an Verstössen gegen die Genfer Konventionen

– Entwicklung und Einsatz von Massenvernichtungswaffen atomarer, chemischer und bakteriologischer Natur; Erprobung von neuen Waffen im Grossversuch an Menschen (Strahlenwaffen, gentechnisch wirksame Waffen, etc.) kalt-schnäuzig gemacht haben, darf – ja muss von der neutralen Schweiz immer wieder angesprochen wer-

den. Nur so kann sich ein Unrechtsbewusstsein beim amerikanischen Volk und seinen Repräsentanten entwickeln.

– Sollte dieser Prozess nicht in Gang kommen, dürfte es nur eine Frage der Zeit sein, bis auch der neutrale Kleinstaat Schweiz zwischen die Mühlsteine des Unrechtsstaates USA und seiner Vasallen geraten wird. Anzeichen hierfür sind schon heute via die unverschämten Forderungen Brüssels und deutscher Regierungsmitglieder zur Genüge da.

Das kraftvolle Eintreten für Recht und Gerechtigkeit und nicht die Akzeptierung des «Recht des Stärkeren» ist schlussendlich die einzige erfolgversprechende Aktivität der neutralen Schweiz.

Wo finden sich die Schurkenstaaten?

Wir alle haben mitbekommen, wie G.W.Bush die Welt in Gute und Böse einteilt; wie alle Staaten, die seinem Machtstreben oder jenem der amerikanischen Hochfinanz (= seinen Gönnern) im Wege stehen, zu «Schurkenstaaten» disqualifiziert werden. Die Guten sind jene, die willfährig den amerikanischen Interessen dienen oder wenigstens machtpolitisch so bedeutungslos sind, dass ihnen im amerikanischen Machtspiel keine Bedeutung zukommt.

Daneben gibt es noch die Atom-mächte China, Indien und Russland, die gross und stark genug sind, um wenigstens soviel Respekt einzuflössen, dass die USA vor einem offenen Schlagabtausch zurückschrecken – nicht aber von hinterhältigen Einflussnahmen via

Stellvertreter oder die Geheimdienste.

Wer sich aber den amerikanischen Doktrinen und Interessen zu widersetzen wagt, der ist eben ein Schurkenstaat, den es zu disziplinieren gilt – notfalls mit offenem Krieg. Die Beispiele für diese politische Haltung sind Legion. Wenn man nach den Hintergründen dieser irrwitzigen amerikanischen Aussenpolitik fragt, stösst man auf die nachstehende Erklärung des Buchautors William Blum in seinem Werk «Schurkenstaat»:

«Die US-Regierung kümmert sich nicht ein bisschen um Menschenleben, Menschenrechte, Humanität und all die andern wunderbaren menschlichen Dinge.

Das Richtige zu tun, ist kein Prinzip der amerikanischen Aussenpolitik, kein Ideal oder politisches Ziel in oder von sich selbst. Wenn es vorkommt, dass zufällig das Richtige getan wird, oder etwas, was nicht zu Washingtons dringendsten Ambitionen gehört, haben Amerikas Beamte kein Problem damit auf hochmoralischem Boden zu wandeln. Aber das ist eher selten der Fall. Eine Studie der vielen US-Interventionen zeigt deutlich, dass die Maschine der amerikanischen Aussenpolitik typischer Weise nicht betankt wird durch die Neigung zu irgendeiner Art von Moral, noch durch einfachen Anstand, sondern eher durch die Notwendigkeit, andern Zielen zu dienen, was in drei Grundsätze heruntergebrochen werden kann:

1.) die Versorgung und Ausstattung amerikanischer Unternehmen, um die Welt offen und gastfreundlich für die Globalisierung zu machen; die Verbesserung der finanziellen Ausstattung von Verteidigungsvertragspartnern, die grosszügig Mitgliedern des Kongresses und Bewohnern des Weissen Hauses etwas haben zukommen lassen;

2.) die Verhinderung der Entstehung jeglicher Gesellschaft, die als erfolgreiches Beispiel für eine Alternative zum kapitalistischen Modell dienen könnte;

3.) Ausdehnung des Imperiums; soweit möglich Herstellung der politischen, ökonomischen und militärischen Hegemonie über die Erde, um die Ziele der beiden ersten Grundsätze zu erleichtern und die Verhinderung jeglicher regionaler Macht, die die amerikanische Souveränität bedrohen könnte.

Nach Meinung amerikanischer Politiker rechtfertigt der Zweck alle Mittel und alle Mittel standen und stehen zur Verfügung!»

Wie dieses Ziel innenpolitisch verkauft wird, hat General Douglas

Mac Arthur schon 1957 wie folgt beschrieben:

«Unsere Regierung hielt uns mit dem Kriegsgeschrei wegen einer dauernden nationalen Notlage in einem ständigen Zustand der Angst – einer dauernden Massenhysterie patriotischer Leidenschaftlichkeit. Ständig gab es etwas schrecklich Böses zu Hause oder irgendeine monströse ausländische Kraft, die uns verschlingen wollte, falls wir uns nicht blindlings hinter ihr sammelten und mit den benötigten astronomisch hohen Fonds ausstatteten. Im Rückblick scheint es jedoch so, dass diese Katastrophen niemals geschehen wären und niemals auch nur annähernd wirklich vorhanden waren.»

William Blum beschreibt die aktuelle Situation (2006) wie folgt:

«Mehr als vierzig Jahre lang ist die unmittelbare Bedrohung durch eine sowjetische Invasion in Westeuropa oder einen nuklearen Angriff auf die USA in das amerikanische Bewusstsein eingehämmert worden. Natürlich ist nichts von dieser Art jemals passiert. Nichts von dieser Art wurde natürlich jemals ernsthaft von den Sowjets in Betracht gezogen, offensichtlich aus Gründen der Selbsterhaltung, wenn nicht aus andern. Dann, mit dem Verschwinden der Sowjetunion, wurden von den Führern viele neue «Bedrohungen» der amerikanischen Sicherheit verkündet, die in den Medien ihr Echo fanden. Sie sollten das Gefühl für die Gefahr vergrössern und die Umwandlung der amerikanischen Republik in einen nationalen Sicherheitsstaat begründen.

Der Angriff vom 11. September rechtfertigt nicht ein halbes Jahrhundert zynischer Propaganda.

Nach dem Angriff war für die nationalen Sicherheitsmanager jeden Tag Weihnachten. Alle ihre Wunschlisten wurden erfüllt und mehr noch. Auf kurzem Weg erhöhten sie den militärischen Haushalt, veranlassten eine scharfe Beschneidung der sozialen Ausgaben, beförderten obszön umfangreiche Steuererleichterungen für die reichsten Einzelpersonen und Unternehmen, unternahmen Anstrengungen, um die Umweltgesetzgebung einzuschränken, hoben einseitig einen bedeutenden Waffenkontrollvertrag auf und veröffentlichten unter der Rubrik eines «antiterroristischen Kreuzzuges» Pläne, mit denen die Grösse des amerikanischen Imperiums bis Afghanistan, Irak, Iran, Somalia, Nordkorea, Syrien, Sudan und woanders hin vergrössert würde. Sie schufen ein neues Heimatministe-

Hausgemachter Terrorismus

«Homegrown Terrorism» nennt man dieses Phänomen seit dem U-Bahn-Anschlag in London, als man mit Schrecken zur Kenntnis nehmen musste, dass scheinbar integrierte Migranten pakistanscher Herkunft durch den Irakkrieg bis zum Massenmord unter ihren direkten Mitmenschen getrieben werden konnten. Gut möglich, dass die jetzt anlaufenden Ermittlungen ein noch erschreckenderes Bild von den Einstellungen in diesem Milieu ergeben. Auch über Grossbritannien hinaus muss man sich angesichts dieser Entwicklungen Sorgen über die Orientierungen unter einigen muslimischen Migranten der zweiten und dritten Generation machen.

Noch können wir mit viel Geld unsere eigenen muslimischen Migranten ruhig halten. Doch auch in Zug sieht man immer öfters Frauen mit Kopftüchern und Männer in moslemischer Kleidung und Bärten. Sie tragen ihre Andersartigkeit mit Stolz in die Öffentlichkeit. Was bezwecken diese Leute?

Die Schweizer Demokraten SD werden jeden Versuch, ein Minarett im Kanton Zug zu errichten, energisch bekämpfen. Wir sind kategorisch für ein Kopftuchverbot in unseren Schulen und wehe denen, die die Kreuze aus den Klassenzimmern entfernen wollen.

Richard Fluehmann,
Präsident der SD Sektion Zug

rium, erweiterten im grossen Umfang das Personal für die Überwachung und Strafverfolgung des amerikanischen Volkes, einschliesslich einer Lizenz zum direkten Eindringen in dessen Wohnungen, wann immer sie es wollen, zerrissen die Verfassung für Nichtstaatsbürger und sogar für legal ansässige Bewohner, von denen Tausende für Wochen oder Monate eingekerkert wurden und, wie sich herausstellte, sogar für Jahre, ohne, dass sie eines Verbrechens angeklagt wurden. Sie schufen eine Atmosphäre, in der viele Kritiker der Bombardierung und Invasion Afghanistans und des Irak beruflich benachteiligt und aufgefordert wurden, ihre Loyalität zu beweisen und so weiter.»

Was ist nun passiert in den Vereinigten Staaten, seit der Angriff zu einem Zustand geführt hat, den sich die politische und wirtschaftliche Elite sehr gewünscht hatte. Tatsächlich könnte man glauben, dass der Zweck all ihres Handelns mit der Angst war, sich die Erfüllung ihrer Wunschliste zu erleichtern – was ihre Kritiker schon immer behaupteten.

Wenn man die Geschichte der globalen Interventionen der USA von 1945 bis heute studiert, wird überdeutlich klar, dass die Qualifikation **Schurkenstaat – zur Zeit nur von drei Staaten vollumfänglich verdient ist. Es sind dies die USA, Grossbritannien und Israel.** Diese Einsicht ist für die langfristige Existenz des Kleinstaates Schweiz von grösster Bedeutung. **Und nochmals: Wie also soll die Schweiz ihre Neutralität in dieser verrückten Welt leben?**

Arnold Toynbee schrieb 1961: «Amerika ist heute der Führer einer weltweiten antirevolutionären Bewegung zur Verteidigung wirtschaftlicher Interessen. Es steht heute für das, wofür Rom stand. Rom unterstützte in allen äusseren Gesellschaften, die unter seinen Einfluss gerieten, immer die Reichen gegen die Armen. Und weil die Armen immer und überall viel zahlreicher als die Reichen waren, stand Roms Politik für Ungleichheit, Ungerechtigkeit und die Hoffnungslosigkeit unzähliger Menschen.»

Aus reinem Selbsterhaltungstrieb kann eine direkte – auch nur verbale – Konfrontation der Schweiz mit den USA, GB oder Israel nicht in Frage kommen.

Was wir jedoch immer wieder tun müssen ist, für Wahrheit, Recht und Gerechtigkeit eintreten. Zusätzlich sind unsere politischen und wirtschaftlichen Beziehungen möglichst universal auszubauen. Klumpenrisiken sind tunlichst abzubauen. Von unfairen Wirtschaftsbeziehungen sollten wir grundsätzlich Abstand nehmen – das ist sowohl den Bankenvertretern wie auch dem Grosshandel ins Stammbuch zu schreiben. Und vor allem:

Alle unsere Wirtschaftspartner sind gleichberechtigt zu behandeln!

Das und nur das wünscht sich unsere Aussenministerin Calmy-Rey (– wenn ich sie richtig verstanden habe). Sie deshalb zu tadeln ist falsch und langfristig selbstschädigend.

Hans Spitz, Köniz

Baden – Multikulti-Stadt

Power of Integration 2006

Das war der Titel eines offiziellen Flugblatts (mehrfarbig und auf luxuriösem Glanzpapier gedruckt) der Stadt Baden, das an alle Haushalte der Stadt verteilt wurde, natürlich aus Steuergeldern bezahlt. Angekündigt wurde damit die «Interkulturelle Begegnung am Bahnhofplatz» vom Samstag, 2. September 2006, 10.00 bis 16.30 Uhr. Die Stadt Baden organisierte an diesem Tag einen Anlass, an dem unter anderem Musik aus Albanien bis China, aus Serbien bis Indien geboten wurde, wobei selbstverständlich auch orientalische und tamilische Tänze nicht fehlen durften! Um zu zeigen, dass Baden sich tatsächlich in der Schweiz befindet, trat pro forma auch eine Alphorn-

gruppe auf, bezeichnenderweise aber ganz am Anfang der Veranstaltung, wohl in der Hoffnung, dass dann möglichst wenig Leute diesen «abartigen Klängen» zuhören würden. Nach der Begrüssung um 10.00 Uhr durch Rada Gajic von der Badener Fachstelle für Integration kam bereits um 10.05 Uhr diese Alphorngruppe dran. Ob sich diese «Fachstelle für Integration» mit der Integration von Ausländern in der Schweiz befasst oder vielmehr die Integration der noch wenigen in Baden verbliebenen Schweizer in die übrige Badener Multi-Kulti-Wischwaschi-Gesellschaft fördern soll, entzieht sich der Kenntnis des Schreibenden.

Dragan Najman, Baden

Die Übervölkerung ist das grössere Problem

Bei der Diskussion des Ausländerproblems, das die Schweiz ohne Zweifel hat, wird immer nur auf die Schwierigkeiten durch die bevölkerungsmässige Überfremdung und mangelhafte «Integration» der vielen Zugewanderten hingewiesen, heute auch wieder im Zusammenhang mit der Verschärfung der Ausländer- und Asylgesetze.

Zwar sollen diese Schwierigkeiten nicht kleingeschrieben werden. Sprachenwirrwarr und Multireligiosität bilden tatsächlich grosse Herausforderungen! Aber noch viel schlimmer ist die hohe Bevölkerungsdichte, welche durch die andauernde Einwanderungsbewegung in die Schweiz entstanden ist. Sie belastet Umwelt, Verkehr und alle Versorgungsinfrastrukturen und erschwert politische Lösungen bis ins Unmögliche. Ausserdem bringt sie massenpsychologische Nachteile. Psychische Störungen einschliesslich gewalttätige kriminelle Handlungen sowie psychosomatische Krankheiten nehmen zu, zum Beispiel die Asthmakranken! Die Leute fühlen sich eingeeignet und haben zu wenig Freiraum zum Atmen und Auslauf zur Erholung! Das Asthma ist geradezu die symbolhafte Darstellung dieses Zuwenig-Luft-Habens! Überfremdung kann sich zürückbilden. Auf en-

gem Raum zusammenlebende Menschen assimilieren sich naturgesetzlich, und zwar von beiden Seiten her, Einwanderer wie Einheimische. Übervölkerung lässt sich jedoch kaum mehr rückgängig machen, schon wegen der Altersversorgung! Zwar sind die Revisionen von Asyl- und Ausländergesetz, wie sie dem Stimmvolk derzeit vorliegen, völlig ungenügend, um eine hoffnungslose Übervölkerung der Schweiz abzuwenden. Wenigstens sind es aber Schritte in die richtige Richtung. Sollte das Stimmvolk gar solch kleine Schritte ablehnen, wäre die Zukunft der Schweiz als relativ selbständige Nation ernsthaft bedroht. Als so genannt multikulturelle Grossagglomeration von Genf bis Rorschach ist sie nämlich schlicht nicht überlebensfähig! Zum Beispiel bildet die Behauptung des VBS, wegen der dichten Besiedlung der Schweiz könne die Schweizer Armee – ist sie damit noch schweizerisch? – nur noch im Ausland ihre Truppenübungen abhalten, nur einen Vorgeschmack dessen, was uns bevorsteht, falls es uns nicht gelingt, die Einwanderungsbewegung endlich zu stoppen!

Dr. med. Jean-Jacques Hegg,
Facharzt FMH für Psychiatrie,
a. Nationalrat

Gründungsversammlung der Schweizer Demokraten



Regionalsektion Oberer Zürichsee / Glarnerland

**Freitag, 22. September 2006, 20.00 Uhr im Saal vom Hotel Bären,
Marktstr. 9, 8853 Lachen SZ, Türöffnung ab 19.45 Uhr**

Zu dieser Gründungsversammlung sind alle Einwohner/innen aus der
Region: **Oberer Zürichsee und Glarnerland**

Bezirke March, Höfe, Einsiedeln, Schwyz, See und Gaster (Rapperswil/
Uznach) sowie **Glarnerland / Walensee**
mit schweizerischem Gedankengut herzlich willkommen und eingeladen.

Als speziell geladene Ehrengäste sind dabei:

- > Bernhard Hess, NR / Parteipräsident der Schweizer Demokraten
- > Roland Schöni, Zentralsekretär der Schweizer Demokraten – Schweiz
- > Roland Brändli, Präsident der SD Sektion Hinwil ZH (Tagespräsident)
- > Gastsektionen vom Zürcher Oberland, Kanton Zug und St. Gallen
- > Verschiedene Ehrengäste aus Politik und Wirtschaft

♥ NR Bernhard Hess wird zum Thema «NEIN» zur Aufhebung der Lex Koller ein sehr aufschlussreiches Referat halten

→ Schriftliche Einladungen wurden an uns bereits bekannte Mitglieder, Gönner und Sympathisanten versandt

Besinnen wir uns wieder auf unseren Bundesbrief, der die geistige Grundlage unserer heutigen Bundesverfassung ist.

Denn: «In der Zukunft verbringen wir den Rest unseres Lebens.»

Das Gründungskomitee der SD Regionalsektion «Oberer Zürichsee / Glarnerland» freut sich auf eine rege Teilnahme und bedankt sich heute schon für Ihr Erscheinen.



Kanton Basel-Stadt



«Hooligan-Gesetz» beim Rütli schon durchgesetzt?

Die Classe Politique und die Wirtschaftsführer haben (fast) auf der ganzen Linie ihren Willen, resp. ihre Ziele, durchgesetzt. Ja, es gibt eine offizielle politische Meinung in der Schweiz. Und es gibt eine andere Meinung, die der Mehrheit der Stimmbürger/innen, die sich oft um 180 Grad unterscheidet von derjenigen der Classe Politique. Leider haben sich nicht wenige in aller Stille als aktive Staatsbürger «abgemeldet». Diese Leute nehmen nicht einmal mehr an Abstimmungen und Wahlen teil! Und wem nützt diese Passivität?

Wer hat die Macht?

Ein kurzer Rückblick: Die Euro '08 (Fussballeuropameisterschaft) soll in der Schweiz und in Österreich stattfinden. Bekanntlich ist die Schweiz weltweit ein «Muster» von Sauberkeit und Ordnung (dies gemäss offizieller Meinung). Damit an den Fussballmatches im übernächsten Jahr polizeilich (scharf) durchgegriffen werden kann, stimmte das Parlament in Bern am 24. März 2006 dem Bundesgesetz über Massnahmen zur Wahrung der inneren Sicherheit (BWIS) zu. Welch harmloser Titel – bei einem solch massiven Eingriff in die Grund- und Freiheitsrechte unbescholtener Bürger! Mit diesem Gesetz gilt die Unschuldsvermutung nicht mehr. Persönliche Daten, die normalerweise geschützt sind, können weitergegeben werden (wohin denn überall?). Jede Person, die nicht «gefällt» oder nicht kooperiert, kann im Stadionbereich in Präventivhaft genommen werden. Auch Rayonverbote können ausgesprochen werden. Private Polizeitrupps werden zum Zuge kommen...

Mit Kanonen auf Spatzen schiessen

Die wenigen Hundert gewaltbereiten Krawallbrüder in der Schweiz sind den verantwortlichen Stadionbetreibern längst bekannt. Diese könnten gezielt neutralisiert werden (Stadionverbot nach Zuwiderhandlungen). Aber nein, ein jeder Match-Besucher wird nun künftig als «Hooligan» betrachtet und entsprechend «behandelt». Das Referendum gegen solche Polizeistaatmethoden hätte gute Chancen gehabt, wenn beim Meisterschaftsfinale vom 13. Mai im

Basler Joggeli nicht einige Idioten Krawall gemacht hätten (dabei trafen die Stadionverantwortlichen im Vorfeld des Spiels die falschen Vorkehrungen und bei Beginn der Ausschreitungen schauten sie nochmals tatenlos zu). Daraufhin folgte schweizweit das Entsetzen der Classe Politique und der Medien!

Ein Bundesrat schießt einen «Elfmeter»

Samuel Schmid erklärte nur wenige Stunden (!) nach dem Krawall sinngemäss: «Eben darum benötigen wir das neue Gesetz – um solche Ausschreitungen zu verhindern!». Doch andernorts gab es schon früher mehrmals ähnliche Vorfälle. Aber noch nie haben die Medien alles so hochgespielt. Nach diesem Vorfall war es kaum mehr



Das Rütli: Zutritt nur noch für EU-Befürworter?

möglich, Unterschriften gegen das neue Gesetz (BWIS) zu sammeln. Die öffentliche Meinung hatte sich gewendet. Immerhin kamen 35 000 – statt der benötigten 50 000 Unterschriften – zusammen, was aber nicht genügte. Die Classe Politique hat diesen Match 1:0 gewonnen. Diese «Niederlage» ist aber nicht auf die besseren Argumente der Classe Politique zurückzuführen. Nein, die wenigen Hitzköpfe und Krawallbrüder im Joggeli (genau zum «richtigen» Zeitpunkt!) haben ihr dazu verholfen! War da wirklich alles nur Zufall?

Die Classe Politique besetzt das Rütli

Weil SVP-Bundesrat Samuel Schmid letztes Jahr die Thesen der Classe Politique von «weltweiter Brüderlichkeit» nicht ungestört von sich geben konnte, reagierten

Rütlikommission und Bundesrat dieses Jahr mit einem Präventivschlag: Kein freier Zugang mehr zum Rütli (weiss der Bundesrat eigentlich, wem dieser Flecken Erde gehört?). Durchgezogen wurde ein fragwürdiges Anmeldeverfahren für eine Teilnahme an der Feier auf dem Rütli (wo blieb der Aufschrei der unabhängigen Medien?). Da stellen sich weitere Fragen: Nach welchen Gesichtspunkten wurden die Tickets abgegeben? Ist eine Zugangskontrolle zum Rütli überhaupt rechtens? In Brunnen gab es eine Triage – wie an einem Viehmarkt. Ist dies akzeptabel?

Nicht wenige Interessierte erhielten wohl ein Ticket, wurden aber dann in Brunnen selbst – zwischen zwei Meter hohen Eisengittern – ausgesondert und mit einem Wegweisungsbescheid beglückt. Wer dieser polizeilichen Aufforderung nicht sofort Folge leistete, wurde festgenommen und angezeigt... (siehe Massnahmen gegen «Hooligans» im ersten Teil dieses Artikels!).

Ein Wirtschaftssprecher am Rednerpult

Markus Rauh, der pensionierte frühere Swisscom-Manager, hielt wie angesagt seine (erste) 1. August-Rede. Er warb für einen EU-Beitritt der Schweiz und eine Ablehnung des Ausländer- und Asylgesetzes vom 24. September. Harmlose folkloristische Einlagen und ein braves, handverlesenes Publikum (viel kleiner als im Vorjahr!), ergänzten das Programm. Jetzt streiten die Veranstalter darüber, wer denn die Kosten von einer Million Franken für Organisation und Polizeimassnahmen übernehmen soll.

Eines ist sicher: Solche Organisatoren einer 1.-August-Feier gehören abgesetzt. Was sich rund um die diesjährige Feier am Hort der Eidgenossenschaft abgespielt hat, ist das Schlimmste, was dort je zu sehen war. Solch totalitäre Massnahmen sind unwürdig eines sich demokratisch nennenden Staates namens Eidgenossenschaft!

SD-Kantonalpartei Basel-Stadt

Unwürdige Bundesfeier auf dem Rütli!

Auch wenn verschiedene Protagonisten (und Journalisten!) sich über den Ablauf der diesjährigen Bundesfeier auf dem Rütli positiv geäußert haben, so kann man doch nicht übersehen, dass die Feier in Tat und Wahrheit unwürdig war! Ganze Regimenter aus der halben Schweiz zusammengesetzener Polizisten, übermannshohe Absperrgitter überall, Besucher, die zwischen Polizeispalieren Spiessruten laufen mussten, 147 ohne Begründung zurückgewiesene Besucher, teils willkürlich trotz gültiger Eintrittskarten, 40 Verhaftungen ohne Angabe zureichender Gründe, rechtsstaatlich beides fragwürdig, eine auf mehr als die Hälfte zusammengeschrumpfte Besucherzahl, ist das eine würdige Feier? Auch wenn es wünschenswert wäre, dass Festredner ihre Reden ungestört halten könnten, so ist ein solcher Aufwand in jedem Falle unverhältnismässig. Und wieso wurde als Festredner ein Wirtschaftsmanager bestellt, dessen einzige Qualifikation darin bestand, einen Leserbrief mit eindeutiger Parole zu einer bevorstehenden Volksabstimmung verfasst zu haben? Wenigstens an solch feierlichen Anlässen sollten aktuelle politische Fragen tabu bleiben! Sich nicht daran zu halten, ist doch schlechter Stil!

Bei der Gewichtung der Ereignisse, die bei der Rütlibundesfeier vor einem Jahr stattfanden, kann man nicht umhin, von der Störung der Rede von Bundespräsident Leuenberger anlässlich der Feier des 1. Mai 2006 auf der Bäckeranlage in Zürich zu sprechen. Dort wurde der Bundesrat durch verummte Chaoten, die Knallpetarden, Steine und Flaschen warfen, also durch physische Gewalt effektiv am Reden gehindert, weil seine körperliche Unversehrtheit in Gefahr war und er, kaum hatte er seine Rede begonnen, von der Polizei eskortiert von dem durch ein Gerangel demolierten Rednerpult weggeleitet werden musste! Bundesrat Schmid, ebenfalls Bundespräsident, konnte seine Rede jedoch zu Ende führen, wenn auch durch Lärm unterbrochen.

Den Vorfall von Zürich haben die Medien aber sehr schnell «vergessen», während sie die Zwischenfälle auf dem Rütli monatelang weiter thematisierten! Weil sie das eine Mal angebliche «Rechte» oder «Rechtsextremisten» betrafen, das andere Mal «Linke», beschönigend «Linksautonome» genannt? Welch ungleiche Ellen!

*Jean-Jacques Hegg,
e. Nationalrat, Dübendorf*

Wie der Islam Europa erobert

1. Teil «Das Wesen des Islam»

Es wäre falsch, alle in unseren Gefilden lebenden Mohammedaner als Fanatiker oder gar als potenzielle Terroristen zu bezeichnen, da es auch unter den Muslimen Leute gibt, die, ähnlich wie die Christen, es mit den Vorschriften des Dogmas nicht so genau nehmen und anderen Glaubensrichtungen gegenüber aufgeschlossen oder zumindest indifferent sind. Je nach Land und Kulturkreis gibt es in dieser relativen Toleranz gewisse Unterschiede.

All dies ändert nichts an der Tatsache, dass der auf dem Koran begründete Islam intolerant ist und keine andere Religion neben sich duldet. Im Glaubensbekenntnis der Moslems, der Schahada, heisst es deutlich **‘Es gibt keinen Gott ausser Allah**, und Mohammed ist sein Prophet (der Gesandte Gottes)’. Diesen Satz muss der Gläubige bei den fünf täglichen Gebeten (morgens, mittags, nachmittags, bei Sonnenuntergang und am späten Abend) je fünfmal, also innert vierundzwanzig Stunden 25-mal wiederholen.

«Gemäss der Lehre wurde der Koran, das Wort Allahs, dem Propheten Mohammed durch den Engel Gabriel im Laufe von 23 Jahren stückweise offenbart. Die Muslime lernten alle diese Offenbarungen von Anfang an auswendig, andere schrieben sie auch nieder. Auf die mündlichen und schriftlichen Zeugnisse zurückgreifen wurde nach dem Tode des Propheten eine Niederschrift angefertigt, die bei einer weiteren Niederschrift im Jahre 651 unter dem Kalifen Uthman erneut herangezogen wurde. Dieser Text ist bis heute unverändert und in der ursprünglichen Form erhalten.»¹⁾

Die Authentizität dieser Offenbarung steht allerdings auf etwas wackligen Füßen. Wohl deshalb ist im Islam jegliche koranische Exegese (Wissenschaft der Erklärung und Auslegung eines Textes) verboten. «Für den Musulman darf der Koran **keiner wissenschaftlichen Kritik** unterzogen werden. Man diskutiert weder dessen Inhalt noch Ursprung.»²⁾

Dazu äussert sich die Heilige Schrift des Islam in Sure 6, Vers 68: «Und wenn du diejenigen siehst, die über Unsere Zeichen (über den Koran, im Spott) schwätzen, so wende dich ab von ihnen, bis sie im Berichten auf anderes eingehen, und wenn es dich

der Teufel vergessen lässt, so sitze nicht nach dem Erinnern mit den unrechthandelnden Leuten.»³⁾

Ein Moslem darf sich also gar nicht auf Diskussionen über den Koran einlassen. Er hat nicht zu denken, sondern nur zu glauben. «Was im Islam nicht toleriert wird, ist das Infragestellen, der Zweifel, die kritische Forschung. **Der Musulman unterwirft sich nur Allah.**»⁴⁾

Der Islam lehrt also nur ein einziges Prinzip: die Unterwerfung gegenüber Allah. Der Begriff **‘Islam’** selber, abgeleitet vom Verb ‘aslama’ (unterwürfig sein) **bedeutet** in der arabischen Sprache effektiv **‘Unterwerfung’** und **nicht ‘Friede und Toleranz’**, wie von westlichen angeblichen Islamkennern und von muslimischer Seite irreführend ausgesagt wird.⁵⁾

Im Koran trifft man zwar auf Verse, in denen von Friede und Toleranz die Rede ist, und andere, in welchen zum Kampf gegen Anders- und Ungläubige sowie deren Vernichtung aufgerufen wird. **Der Koran steckt voller Widersprüche.** Es oblag den islamischen Gelehrten zu entscheiden, welche Verse im Fall eines Widerspruchs zu befolgen seien. Erreicht wurde dies durch das **Prinzip des Naskh** – der Lehre von der Abrogation (Aufhebung eines Gesetzes durch ein neues Gesetz) – welches auf der Tatsache basiert, dass der Koran Mohammed zu verschiedenen Zeiten und über eine Periode von mehr als 20 Jahren hinweg offenbart wurde. Manche Teile des Korans kamen später, manche früher. Um einen Widerspruch aufzulösen, beschloss man, dass neuere Offenbarungen die älteren aufheben. Nachstehend ein Beispiel:

Heiliger Krieg

Vers 62 der 2. Sure ‘Die Kuh’ lautet: «Diejenigen, die geglaubt haben, und diejenigen, die Juden waren, und die Christen und die Sabier – wer an Allah geglaubt hat und an den Letzten Tag und Rechtsschaffenes getan hat, so ist es für sie ihre Belohnung bei ihrem Herrn und keine Furcht auf ihnen, und sie sind nicht traurig.» Dieser Vers wurde mit der später offenbarten Sure 9,5 aufgehoben: «Und wenn die heiligen Monate verstrichen sind, so tötet die Mitgöttergebenden (Götzendienen), wo ihr sie findet, und ergreift sie und belagert sie und lauert ihnen in jedem Hinterhalt auf, und wenn sie reuig



Koranschule in Mitteleuropa.

umgekehrt sind und das Gebet eingerichtet und die Zakat-Steuer gegeben haben, so gebt ihnen Weg frei, Allah ist ja verzeihend, barmherzig.»

Anfangs waren die Botschaften, die Mohammed geoffenbart wurden, friedlich und freundlich, um Menschen anzuziehen. Doch die Umstände veränderten sich. Mohammed traf in Mekka, der Stadt, wo er seine Botschaft erstmals predigte, auf viel Widerstand, so dass er sie im Jahre 622 n. Chr. verliess. Er ging nach Yathrib, dem heutigen Medina, wo er eine Militärmacht aufbaute und die Zahl seiner Anhänger vergrösserte. Als Mohammed eine gewisse Macht erlangt hatte, war er in der Lage, zurückzukehren und Mekka und die umliegenden Gebiete zu erobern. **Der Islam wandelte sich von einer geistlichen Religion in eine politische Revolution.** In Mekka drehte sich das ganze Leben des Propheten um Gebete und Meditationen, sodass die koranischen Offenbarungen in Mekka von Frieden und Zusammenarbeit mit anderen sprechen. In Medina jedoch wurde Mohammed zu einem Militärführer und Eroberer, und entsprechend ist in den Offenbarungen in Medina von **Militärmacht und Eroberung im Namen des Islam (Dschihad)** die Rede.

Sechzig Prozent der Koranverse handeln vom Dschihad, was einleuchtend ist, da Mohammed den grössten Teil des Korans empfing, nachdem er Mekka verlassen hatte. Der Dschihad wurde zur **grundlegenden Triebkraft** des Islam.⁶⁾ Der Begriff **Dschihad** bedeutet ‘Anstrengung, auf dem Wege Allahs, im weitesten Sinn, auch, wo notwendig, um das Wort Allahs aufrecht zu erhalten, mit Waffengewalt. Der Koran sagt dem, der im Dschihad umkommt, das Paradies zu.»⁷⁾

Der Dschihad ist also an sich selbst das **Grundwesen des Islam** und dessen Daseinsberechtigung. Er ist ganz einfach der Islam und dessen Ausdrucksweise: Der Islam existiert folglich nicht ohne Dschihad und der Dschihad nicht ohne den Islam. Das Ziel des Dschihad ist die Eroberung der Welt, um sie der einzigen Religion, dem Gesetz Allahs, zu unterwerfen.⁸⁾ Dass der Islam auf seinen von ihm beherrschten Territorien keine Missionstätigkeit anderer Religionen duldet und Apostaten (vom Glauben Abtrünnige) schwerstens bestraft, braucht nicht besonders betont zu werden.

Den Islamismus (oder islamischen Fundamentalismus) vom Islam unterscheiden zu wollen, ist reine Wortklauberei und Augenwischerei. Frank A. Meyer, der Sonntags-Blick-Kolumnist, welcher das Heu gewiss nicht auf derselben politischen Bühne wie die SD hat, hatte vor nicht allzu langer Zeit die richtige These aufgestellt, der so genannte ‘Islamismus’ sei auf dem Islam selbst begründet, und hat deshalb einige Schelten einstecken müssen.

¹⁾ Ahmad v. Denffer: ‘Kleines Wörterbuch des Islam’, Haus des Islam, DE-64750 Lützelbach, 1994, ISBN 3-88933-017-7, S. 88

²⁾ M. Alcader: ‘Le vrai Visage de l’islam’ (Das wahre Gesicht des Islams), Editions Kyrollos, FR-49430 Durtal, 2004, ISBN 2-9522907-0-9, S. 47

³⁾ Der Koran, die Heilige Schrift des Islam in deutscher Übertragung, Ahmad v. Denffer, Islamisches Zentrum München, 2000, ISBN 3-89263-786-5

⁴⁾ Alcader, S. 47

⁵⁾ Alcader, S. 47

⁶⁾ Mark A. Gabriel: ‘Islam und Terrorismus’, Resch-Verlag, DE-82166 Gräfelfing, 2004, ISBN 3-935197-39-X, S. 50/52

⁷⁾ A. v. Denffer ‘Kleines Wörterbuch’ S. 39

⁸⁾ Alcader, S. 120/21

Patriotische SD-1.-August-Feier in Wölflinswil (Fricktal)

Die Schweizer Demokraten (SD) haben unter dem Motto «Die Schweiz lässt sich nicht verbieten!» ihre diesjährige traditionelle 1.-August-Feier in Wölflinswil (AG) durchgeführt. Als Hauptredner traten Nationalrat Bernhard Hess, SD-Zentralpräsident, und der Bieler Polizeidirektor Jürg Scherrer (FPS) auf.

Nationalrat Bernhard Hess kritisierte insbesondere das Auswahlverfahren der Teilnehmenden anlässlich der diesjährigen Nationalfeier auf dem Rütli. Offensichtlich werde in der Schweiz die Meinungs- und Versammlungsfreiheit nur noch denjenigen gewährt, die sich im Sinne der Herrschenden äussern, kritisierte Hess die Tatsache, dass selbst SD-Kadermitglieder wie der Thurgauer SD-Kantonalprä-

sident Willy Schmidhauser von der offiziellen 1.-August-Feier auf dem Rütli ausgegrenzt wurden. Nationalrat Bernhard Hess kündigte an, die skandalöse Einschränkung der Versammlungsfreiheit im Parlament zu thematisieren.

Polizeidirektor Jürg Scherrer zeigte eindrucksvoll den Missbrauch des geltenden Asyl- und Ausländergesetzes auf und sprach sich für eine Annahme des verschärften Asyl- und des revidierten Ausländergesetzes aus. Zum Schluss sangen die ungefähr 250 Anwesenden gemeinsam «Rufst Du mein Vaterland» und demonstrierten so eindrucksvoll, dass echte Patriotinnen und Patrioten besinnlich und würdig den Nationalfeiertag begehen können.

Die Schweiz lässt sich nicht verbieten!

Auszüge aus der 1.-August-Ansprache von Nationalrat Bernhard Hess, gehalten an der SD-Nationalfeier in Wölflinswil (AG)

Liebe Landsleute,

den diesjährigen 1. August feiern wir in einer Zeit, in der weltweit Krieg, Zerstörung und unermessliches Leid die abendlichen Nachrichten der Tagesschau prägen. Die Leid Tragenden dieser Kriege sind wieder einmal vor allem Unschuldige, Zivilisten, Frauen und Kinder.

Und die Täter? Seit Jahren führen die USA Angriffskriege zur Durchsetzung ihrer ureigenen Wirtschaftsinteressen. In Afghanistan ist das genau so wie im Irak. Möglicherweise wird der Iran das nächste Opfer sein. Die Welt wird so nicht friedlicher. Noch beängstigender sind die aktuellen Entwicklungen im Nahen Osten. Fassungslos müssen wir zusehen, wie die israelische Luftwaffe völkerrechtswidrig einen UNO-Beobachterposten angreift und unter anderem sogar einen österreichischen UNO-Soldaten tötet. Die israelische Armee scheut sich auch nicht, Brand- und Splitterbomben gegen die Zivilbevölkerung im Libanon einzusetzen. Ein Drittel der Opfer sind Kinder.

Nach der verheerenden Bombardierung des südlibanesischen Dorfes Kana mit über 60 zivilen Todesopfern fordern wir Schweizer Demokraten einen sofortigen Waffenstillstand in Libanon. Das Völkerrecht erlaubt es zwar einem Staat, sich gegen Aggressionen – in diesem Fall diejenige der Hamas-Terroristen – zu wehren, doch ist jedes Land strikt dazu verpflichtet, unbeteiligte Menschen zu schützen.

Seit über 60 Jahren instrumentalisieren jüdische Kreise inner- und ausserhalb



Nationalrat Bernhard Hess beim Armbrustschieszen.

Israels den Holocaust, um weltweit ihre Interessen durchzusetzen. Oft mit Waffengewalt. Als zuverlässiger Pate steht jeweils immer die USA mittels Vetorecht zur Seite, wenn sich die UNO durchringt, die völkerrechtswidrigen israelischen Aggressionen zu verurteilen.

So jüngst wieder geschehen beim israelischen Angriff auf den UNO-Beobachterposten im Libanon.

Ich empfinde es als unerträglich, dass die gleichen Kreise, die jetzt wieder einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen einen souveränen Staat und dessen Zivilbevölkerung führen, noch vor wenigen Jahren die Schweiz wegen ihrer Rolle im Zweiten Weltkrieg angeklagt haben, einen Solidaritätsfonds einforderten und bei den Schweizer Banken einen Milliardenbetrag herauspressten. Unser Land hat sich von solchen Kreisen nichts, aber auch gar nichts, vorwerfen zu lassen. Der Bergier-Bericht ist eine Beleidigung an die Aktivdienstgeneration und gehört auf die Müllhalde der Geschichte.

Verschärftes Asyl- und Ausländergesetz ist nötig!

Diesen Herbst werden wir in zwei Referendumabstimmungen über das revidierte Asylgesetz und das neue Ausländergesetz des Bundesrates und der Mehrheit des Parlaments abstimmen können.

Leider muss ich Sie vor einer allzu grossen Euphorie warnen. Diese beiden neuen Gesetze sind keine Zaubermittel. So wurde beispielsweise unsere Forderung eines generellen Stoppes kulturfremder aussereuropäischer Einwanderung nicht berücksichtigt. Doch die neuen Gesetze bringen zweifellos Verschärfungen. Diese sind auch bitter nötig, denn:

- Die Zahl der Arbeitslosen ist seit Jahren auf unerträglich hohem Niveau. Offiziell gibt es derzeit 135 000 registrierte Arbeitslose, tatsächlich dürften es weit über 300 000 Menschen sein, die in der kleinen Schweiz keine Arbeit finden und denen damit ein zentrales Element der Sinnstiftung fehlt und die dem sozialen Abstieg preisgegeben sind. Die Zahl der auf Sozialhilfe Angewiesenen steigt. Armut macht sich breit.
- Soziale Verwahrlosung greift immer weiter um sich. Kultur und Werte werden zerstört, hemmungsloser Egoismus macht sich breit, Kriminalität, Drogenkonsum und Familienzerstörung breiten sich aus.
- Soziale Gerechtigkeit existiert nicht. Die Reallöhne sinken seit Jahren. Grosskonzerne zahlen vielerorts in Steueroasen keine Steuern, der einheimische Arbeitnehmer umso mehr. Kinder sind das Armutsrisiko Nummer eins geworden. Die Renten sinken real. Die Zweidrittelgesellschaft wird immer sichtbarer.

Bei all diesen Entwicklungen handelt es sich keineswegs um zufällige Fehlentwicklungen. Es sind die Folgen katastrophaler Fehlentscheidungen von unfähigen Politikern. Es sind aber auch die dramatischen Folgen der Herrschaft des Kapitals und der Spekulanten.

- Um die Lohnkosten zu senken, wird vom Kapital ein Überangebot von Arbeitskräften, also Arbeitslosigkeit, z.B. durch die Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte, Stichwort Ost-Personenfreizügigkeit, herbeigeführt. Vollbeschäftigung würde Arbeit hingegen verknappen und verteuern. Zudem verhindert die Zerstörung des heimischen Marktes durch die unkontrollierte Warenein- und -ausfuhr jegliche Wirtschaftspolitik und schafft so eine immense strukturelle Arbeitslosigkeit.

- Die Zerstörung jeglicher Gemeinschaft liegt ebenfalls im Interesse des Kapitals. So wird Solidarität zerstört und werden Interessensgruppen geschaffen, die gegeneinander ausgespielt werden können. So werden kritiklose Konsumenten geschaffen, die sich bereitwillig «den Gesetzen des Marktes» unterwerfen.

- Durch Kulturnivellierung und Vernichtung natürlich gewachsener Volksstrukturen werden weltweit Einheitsmärkte geschaffen, die eine globale Vermarktung der Produkte von Grosskonzernen vereinfachen. Die Verteilung des Bruttosozialproduktes zugunsten der Grossverdiener liegt ebenfalls im Interesse des Kapitals.

Die Schweizer Demokraten lehnen die Politik, die zu diesen Fehlentwicklungen

geführt hat, ab. Im Mittelpunkt unserer Politik steht der Mensch. Es ist Aufgabe verantwortungsvoller Politik, den Staat so zu gestalten, dass seine Bürger eine möglichst hohe Lebensqualität geniessen können. Grundlage der Bewertung der «Lebensqualität» ist dabei das lebensrichtige Menschenbild.

Die Zerstörung von Werten greift immer weiter um sich. Die Höhe des Konsumniveaus hat bei der Bewertung einer Person mittlerweile mehr Gewicht als Anstand, Ehrlichkeit und Hilfsbereitschaft. Verantwortung wird durch nackten Egoismus verdrängt. Infolgedessen hat die Kriminalität immense Ausmasse erreicht. Ein besonderes Kennzeichen für die zunehmende sittliche Verwahrlosung ist die rapide steigende Jugendkriminalität.

Jegliche Form der Gemeinschaft wird zerstört. So werden die Netze, die in Not geratene Schweizer auffangen können, zerschnitten. An ihre Stelle sind anonyme Geldausgabestellen getreten, die den Hilfsbedürftigen keine menschliche Hilfe zuteil werden lassen, sondern sie zu Bittstellern degradieren.

Durch gemeinsame Abstammung, Geschichte, Sprache und Kultur entsteht eine Gemeinschaft, mit der sich der Mensch identifizieren kann und deren Bestandteil er ist.

Durch das Eindringen zu vieler Fremder wird diese Gemeinschaft zerstört. Der multikulturelle Wahnsinn, der vom herrschenden Parteienkartell betrieben wird, ist somit als gezielter Angriff auf die Struktur unseres Volkes zu bewerten. Seine zersetzende und entmenslichende Wirkung richtet sich ebenso gegen die einheimischen Schweizer wie gegen die zugewanderten Ausländer. Beide sind Opfer dieser Politik, von der ausnahmslos die antisozialen Kapitaleigner und die von ihnen bezahlten Helfer profitieren.

Die Schweizer Demokraten haben sich schon seit Jahrzehnten für einen Einwanderungsstopp eingesetzt.

Schweizerdemokratische Sozialpolitik fühlt sich den sozial Schwachen unseres Volkes verpflichtet. Wer keine Ansprüche aus dem Sozial- und Rentenversicherungssystem ableiten kann, hat auch keinen Grund, sich ohne Arbeit in der Schweiz aufzuhalten. Es ist nicht mehr finanzierbar, dass im Ausland lebende Angehörige in der Familienkrankenversicherung eines hier lebenden Ausländers kostenlos mitversichert sind.

Ausländische Gäste, Touristen, Studenten, Auszubildende und andere sind uns selbstverständlich willkommen, doch Ausländer ohne Arbeitserlaubnis oder Sonderaufenthaltsgenehmigung haben die Schweiz nach längstens dreimonatigem Aufenthalt unverzüglich zu verlassen. Notwendige Gesetze haben eine praktikable Abschiebung zu regeln, welche zudem die Betroffenen an den Kosten zu beteiligen hat. Tatsächlich politisch Verfolgten, die nicht aus sicheren Drittländern zu uns einreisen, kann Asyl gewährt werden. Jedoch haben diese keinen Rechtsanspruch darauf.

Gemeinschaft statt Ellenbogengesellschaft

Aufgabe der Eidgenossenschaft ist es, dem Wohl des eigenen Volkes zu dienen und nicht den Profiten multinationaler Konzerne. Dabei ist jeder Einzelne in der



Nicht nur als Armbrustschütze, sondern auch bei seinem Referat traf der Bieler Polizeidirektor Jürg Scherrer ins Schwarze.

Gemeinschaft unseres Volkes ein wichtiger Bestandteil unserer Kultur, Geschichte, Sprache und Entwicklung.

Die Wirtschaft hat dem Volk zu dienen und nicht umgekehrt. Die von den herrschenden Parteien rücksichtslos vorangetriebene Globalisierung fördert die gemeinschaftsschädigenden Interessen asozialer Kapitalisten und führt zwangsläufig zu Arbeitslosigkeit und sozialer Ungerechtigkeit.

Die Gemeinschaft der Familie wird zerstört. Immer weniger Kinder werden geboren, immer mehr Kinder werden verhaltensauffällig.

Durch fehlende Wertevermittlung gilt das Interesse der Jugend nicht mehr dem Streben nach Wissen, um dies der Gemeinschaft konstruktiv nutzbar zu machen. Auch Lehrer und Erzieher betrachten ihre Arbeit nur noch als «Job». Das Bildungsniveau sinkt beträchtlich.

Unser Gesellschaftsbild geht über die derzeit lebende Generation hinaus. Es berücksichtigt auch die Belange der nachfolgenden Generationen. Es ist daher bestrebt, gesunde Wälder, saubere Luft, sauberes Wasser und unbelastete Böden zu hinterlassen. Es betreibt keinen Raubbau an der Natur und verhindert Treibhauseffekt und Ozonloch. Die gegenwärtige Politik der Gemeinschaftszerstörung opfert den Schutz der Natur hingegen kurzfristigen Vorteilen, von denen insbesondere asoziale Grosskapitalisten profitieren.

Die Hauptursache der sozialen Missstände ist die Politik der Globalisierung, die vom wirtschaftsliberalen Flügel der SVP bis zur SP, von der FDP bis zur CVP betrieben wird. Die Globalisierer zerstören die Mechanismen, die ein Staat benötigt, um eine eigenständige Wirtschaftspolitik zum Wohle des Volkes zu betreiben.

Globalisierung bedeutet Arbeitslosigkeit, Lohndumping, Sozialabbau, Naturzerstörung und Krankheit!

Auf den einheimischen Unternehmen lastet infolge dieser Globalisierungspolitik ein Kostendruck, der eine der Hauptursachen für die Einschnitte ins soziale Netz und das gegenwärtige Lohnniveau ist. Trotz des Lohndumpings und des Sozialabbaus wurden in den letzten Jahren Zehntausende von einheimischen Arbeitsplätzen ins Ausland exportiert, da dort billiger produziert werden kann. Die Waren können infolge fehlender nationaler Zölle ohne Schwierigkeiten in der Schweiz verkauft werden.

Dieser «Arbeitsplatzexport» spielt sich noch überwiegend im Bereich der so genannten minderqualifizierten Tätigkeiten

ab, was sich auch am überwiegend geringen Ausbildungsstand der Arbeitslosen ablesen lässt.

Derselbe Mechanismus greift beim Naturschutz. Wenn im Ausland die Natur hemmungslos zerstört werden kann, Abwässer und Luft nicht gefiltert werden müssen, kann dort entsprechend billiger produziert werden als in der Schweiz.

Auch die Sicherheit am Arbeitsplatz leidet unter der Globalisierung – Arbeitsschutzmassnahmen kosten schliesslich Geld.

Gesamteuropäisch sind folgende Wandlungsbewegungen zu beobachten: Ukrainer arbeiten als Billigarbeiter in Polen, Polen als Wanderarbeiter in Deutschland und Deutsche als Lohndrücker zunehmend in der Schweiz.

Am Ende dieses Prozesses wird eine Welt stehen, in der der Arbeiter zum blossen Produktionsfaktor degradiert wurde, der gerade so viel verdient, dass er auch morgen noch produzieren kann, der keine soziale Absicherung erfährt und an hochriskanten Arbeitsplätzen in einer verseuchten Natur arbeitet.

Die Familie als Solidargemeinschaft

Darüber hinaus werden alle Bemühungen, wieder ein normales Wachstum der Schweizer Bevölkerung zu erreichen, durch das von etablierten Politikern, den Medien und sogenannten Promis propagierte Leitbild schrankenloser Selbstverwirklichung auf Kosten der Gemeinschaft konterkariert.

Häufig ist es nicht der Wunsch der Frau nach beruflicher Selbstverwirklichung im Sinne der Emanzipationspropagandisten, der viele Paare zu kinderlosen Doppelverdienerhaushalten macht, sondern der von den Medien und Werbestrategen suggerierte Drang, immer mehr konsumieren zu müssen. Dieser hat alle Werte zerstört und definiert die Höhe des sozialen Status, nach dessen Verbesserung nahezu jeder Mensch strebt, nun über die Höhe des persönlichen Konsumniveaus. Der so ausgeübte soziale Druck führt zu vielen Doppelverdienerhaushalten.

Sowohl die Erfüllung des Einzelnen durch ein glückliches Familienleben mit Kindern, als auch die Verantwortung des Einzelnen gegenüber der Gemeinschaft, gerade hinsichtlich der Sicherung ihres Fortbestandes, wird negiert.

Auch die alten Menschen gehören zur Gemeinschaft

Der Zustand einer Gesellschaft lässt sich gerade an ihrem Umgang mit den Menschen der älteren Generation ablesen. In

weiten Teilen unserer Konsumgesellschaft ist die Mentalität gängig, Senioren einfach in Pflegeheime abzuschleppen – allzu oft selbst dann, wenn es sich noch keineswegs um Pflegefälle handelt.

Die Schweiz kann man nicht verbieten!

Die Schweiz entwickelt sich in wachsendem Masse zu einer totalitären Gesellschaft. So durfte beispielsweise die «Schweizerische Gemeinnützige Gesellschaft» in Eigenregie darüber entscheiden, ob jemand an die diesjährige Bundesfeier auf das Rütli darf. Nach Angaben des Veranstalters wurde ungefähr 200 der Weg aufs Rütli verwehrt. Darunter offensichtlich auch eingeschriebenen Mitgliedern unserer Partei. Konkret wurde unserem Parteifreund und Präsidenten der Schweizer Demokraten Thurgau, Willy Schmidhauser, eine Teilnahme verweigert. Als ich persönlich nach den ablehnenden Kriterien nachfragte, erklärte mir ein Dr. Ammann, dass selbst Leserbriefschreibern, die in der Vergangenheit «unanständige» Leserbriefe verfasst haben, der Zutritt verwehrt wurde. Solche Machenschaften zeigen eindrucksvoll auf, dass die Meinungs- und Versammlungsfreiheit zunehmend nur noch denjenigen gewährt werden soll, die sich im Sinne der Herrschenden äussern. Solche Praktiken kennen wir sonst nur noch aus längst vergangenen Zeiten. Bei den Roten in der Sowjetunion ging es so zu und her. Oder in der «DDR» veranstaltete man sozialistisch kommode Jubel- und Huldigungsfeiern.

Ich verspreche Euch aber: Diese Angelegenheit hat ein Nachspiel. Persönlich werde ich mich im Parlament gegen diese skandalöse Einschränkung der Versammlungsfreiheit zur Wehr setzen. Die Schweiz lässt sich nicht verbieten!

Freie Völker statt EU-Diktatur

Wir Schweizer und die Völker Europas werden in ihrer Existenz und in ihrer Freiheit bedroht. Durch die aggressive Wirtschaftspolitik der EU werden wir gezwungen, uns den Spielregeln der Brüsseler Bürokratie zu unterwerfen.

Der «gemeinsame Markt» nützt nur international operierenden Grosskonzernen, die so gegenüber dem Mittelstand und den Kleinbetrieben entscheidende Vorteile erzielen können und diese in ihrer Existenz bedrohen. Pleitewellen bei Klein- und Mittelbetrieben und eine fort-

schreitende Konzentration der Grosskonzerne sind die Folge.

Die Pflicht zur EU-weiten Ausschreibung zahlreicher Projekte, die freie Wahl des Wohnortes und die für Arbeitskräfte durchlässigen Grenzen führen zu massivem Lohndumping.

Die Schaffung eines europäischen Bundesstaates ist gleichbedeutend mit der endgültigen Entrechtung der Völker Europas. Sie sollen in einem gigantischen Moloch aufgelöst und von einer fernen Bürokratie verwaltet werden. Ihre Kulturen und Traditionen werden verschwinden und durch kurzlebige Konsummoden ersetzt werden.

Ein Europa, das sich an den Willen und den Bedürfnissen seiner Völker orientiert, kann daher kein Bundesstaat sein, vielmehr ist die Entwicklung europäischer Institutionen, die die kulturellen Traditionen Europas wahren, technische und andere schöpferische Leistungen fördern und der Abwehr von Gefahren für ganz Europa dienen, anzustreben.

Wir Schweizer Demokraten treten für eine neue Ordnung ein, die sich an den Interessen der Völker und souveräner Nationalstaaten in ihren angestammten Lebensräumen orientiert. Daher fordern wir eine nationale Sicherheits- und Verteidigungspolitik, die dem Ziel dienen muss, den Frieden für die Schweiz zu sichern. Die politische Führung unseres Landes muss durch unsere Streitkräfte in die Lage versetzt werden, weder von anderen Ländern, noch von Terroristen oder internationalen Konzernen erpresst zu werden. Waffenlieferungen in Krisen- und Kriegsgebiete wie Israel lehnen wir entschieden ab.

Die Schweiz soll sich nicht in fremde Konflikte einmischen, sondern ihren jahrhundertalten gradlinigen Weg der gelebten Neutralität fortsetzen.

Liebe Gesinnungsfreunde: Es gibt vieles zu tun! Wir Schweizer Demokraten stehen seit Jahrzehnten für eine freie, unabhängige, lebenswerte und schweizerische Schweiz ein. Wir lehnen jede Einmischung in fremde Händel entschieden ab. Wir wollen frei sein und bleiben – wie es unsere Mütter und Väter waren. Kämpfen wir mit dem Mut und der Entschlossenheit unserer Väter, stehen wir ein für eine freie, unabhängige und schweizerische Schweiz – so wahr uns Gott helfe!

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen einen besinnlichen 1. August.



Dank an die SD Fricktal für die hervorragende Organisation.

**Kanton Bern****Stadtrat Dieter Beyeler neuer Präsident der SD Stadt Bern**

Nachdem Grossrat Hans Peter Riesen die Stadtsektion Bern der Schweizer Demokraten seit 1995 als Präsident führte, trat er auf die diesjährige Hauptversammlung hin von diesem Amt zurück. Die Mitglieder dankten Hans Peter Riesen für seine langjährige, erfolgreiche, kompetente und stets

menschlich angenehme Führung der Stadtsektion mit stehendem Applaus.

Ohne Gegenkandidat wurde einstimmig Stadtrat Dieter Beyeler (Jahrgang 1948, Technischer Industrieberater) zum neuen Präsidenten (ab 1. Juni 2006) gewählt. Die SD sind überzeugt, damit einen neuen Präsidenten gefunden zu haben, der sie vorwärts bringt und dank seinem Stadtratsmandant auch gut vernetzt ist.

Die Hauptversammlung wählte im weitern als Vizepräsidenten Robert Meyer (bisher, neu auch Pressechef) und Bruno Michel (neu).

*SD-Stadtsektion Bern,
Robert Meyer, Pressechef*



Hans-Peter Riesen und Dieter Beyeler

Billige Türkeiferien?

Richtig, diese Angebote sind verlockend... bitte denken wir daran, in der Türkei gibt es praktisch keine Religionsfreiheit! Bekennende Christen werden benachteiligt, schikaniert und regelrecht verfolgt. Darum ist deren Zahl in den letzten Jahren auf einen ganz kleinen Rest geschwunden... Darum ist bewusstes Handeln nötig!

Der Leser hat das Wort

In dieser Rubrik werden die persönlichen Meinungen unserer Leser wiedergegeben. Diese decken sich nicht notwendigerweise mit derjenigen der Redaktion.

Rütli – eine Schande!

Viele im Thurgau haben einen Antrag an die «Schweizerische Gemeinnützige Gesellschaft» in Zürich zwecks Bestellung einer Eintrittskarte fürs Rütli und für die 1.-August-Rede von Markus Rauh gesandt.

Sie haben nichts erhalten und fragen sich, ob sie nun Hooligans sind oder was diese Willkür noch mit

Demokratie zu tun hat. Auch SD-Präsident Willy Schmidhauser hat kein «Ticket» erhalten, ebenso sechs Nachbarn, die mit Politik überhaupt nichts am Hut haben. Gross ist die Verärgerung über dertart faule Machenschaften gegen Freiheit und Demokratie; zumal und ausgerechnet am Nationalfeiertage.

Herbert Ammann, Geschäftsleiter dieser feinen Gesellschaft, gab keine Angaben zur entscheidenden Frage: Mit welchen Info-Mitteln wurden die Entscheide gefällt? Ein Frustrierter meinte am Telefon, Antragsteller, die Mitglied der Sozis oder Grünen seien, hätten Karten erhalten. Er kenne solche Kollegen. Ammann verwies auf öffentliche Infomittel; ja was ist denn das? Haben wir nicht die Zeiten der UdSSR und der DDR längst hinter uns gelassen, ebenso eine Fichenaffäre oder das Hallo zu Daten- und

Personenschutz? Wieder wurden Eidgenossen massiv verärgert, denn alle diese undemokratischen Machenschaften werden mit Steuergeldern finanziert und die Entscheide kommen doch nicht von ungefähr!

Auch die Ausgrenzung eines Oppositionspräsidenten zeugt von wenig bis gar keinem Demokratieverständnis; hier muss massiv auf Finger geklopft werden!

Willy Schmidhauser, Dettighofen

Sozialhilfe und Porsche

Vielen Ausländern muss man nicht gross erklären, dass ihr Gastland Schweiz über gute Sozialwerke verfügt. So geschehen auch bei einer Familie aus Ex-Jugoslawien, die in Freiburg wohnt.

Die Familie mit zwei Kindern bezog im Monat rund Fr. 3500.– vom Sozialamt. Die Stadt Freiburg kürzte die Gelder, weil die Familie sich zugleich einen Porsche leistete. Dies liess sich das Ausländer-Ehepaar nicht bieten und klagte bis vor Bundesgericht. Die Familie begründete, dass ihr Porsche von ihren Eltern in Serbien-Montenegro gesponsert werde.

Das Bundesgericht gab nun – zum Glück – der Stadt Freiburg Recht. Es gehe nicht, dass die Familie ihre Grundbedürfnisse via Sozialhilfe

decke und sich Luxusauslagen von Dritten finanzieren lasse.

Nach meiner Meinung gehört jedoch die ganze Sozialhilfe gestrichen. Dies solange der Sozialhilfempfang Porsche fährt. Zudem stellt sich die Frage, woher die Ausländerfamilie das Geld für die Bundesgerichtskosten nahm? Vor zwei Jahren gelangte ich wegen eines Baumstreites mit meinem Nachbar an das Bundesgericht. Dieses verlangte einen Kostenvorschuss von Fr. 3000.–. Ich konnte und wollte diese Kosten nicht eingehen, zumal die Endrechnung ja bedeutend höher ausfallen würde.

Im Staate Schweiz ist einiges noch in Ordnung zu bringen.

Kurt Koller, Lichtensteig/SG

Totalitäre Züge

Am 1.-August-Abend durfte ich mitverfolgen, wie sich die Verantwortlichen der Rütlifeier damit brüsteten, endlich das Rezept zur friedlichen Durchführung einer störungsfreien «Feier» gefunden zu haben. An Selbstbeweihräucherung fehlte es nicht, und es wurde bereits darüber sinniert, wie man das ganze im nächsten Jahr noch erfolgreicher bewerkstelligen könnte.

Wo um Himmels Willen bleibt da ein Erfolg, wenn die Rütliwiese nur halb so viele Zuhörer fasste, wie das eigentlich geplant war? Wo bleibt da ein Erfolg, wenn unbescholtene Schweizerbürger, die in keiner Weise rechtsextreme Züge aufweisen, nicht an die Feier zugelassen wurden? Und kann überhaupt von Erfolg gesprochen werden, wenn an diesem geschichtsträchtigen Ort ein Wirtschaftsführer a.D. aus der zweiten Reihe sich für die EU stark macht und gegen das neue Ausländer- und Asylgesetz wettet?

Nein. Dies alles ist höchst beschämend für eine Schweiz, die sich rühmt, die älteste Demokratie der Welt zu sein. Da stelle ich höchstens totalitäre Züge fest.

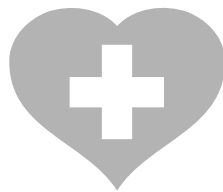
*Ueli Brassler,
SD-Gemeinderat, Zürich*

Anzeige

Wir sind Schweizer Senioren behilflich bei
– **Geschäftsaufgabe und Nachfolgeregelung**
– **Liegenschaftsverwaltung und -verkauf**
– **Steuersachen sowie Steuerinventar bei Todesfall (Auch Willensvollstreckermantate)**

Persönliche Betreuung (ganze D-CH) und trotzdem günstige Konditionen.

**Friedrich Auf der Maur,
Treuhand + Beratung,**
Stationsstr. 12, 8604 Volketswil
Tel. 044 946 00 51, Fax 044 946 00 52



Une attaque terroriste atteint le sommet du ridicule



Mary Meissner,
Vernier

Je ne sais pas si les crétiens que nous sommes continuons à se laisser bernier par les manipulateurs mondialistes, mais moi, je refuse d'avalier n'importe quelle couleuvre surtout si elle arrive à des moments cruciaux de la géopolitique suivie par les fauteurs de guerre et marchands de canons internationaux.

N'est-ce pas bizarre qu'au moment où Israël est dans de mauvais draps et que les destructions au Liban atteignent une apogée, que l'ONU tente en vain d'arranger la situation catastrophique pouvant déclencher une troisième Guerre mondiale initiée au Moyen Orient, au moment où l'angoisse pétrolière apparaît comme certaine dans un proche avenir, un deuxième 11 septembre éclate soudain en Grande Bretagne aujourd'hui?

Rappelez-vous de ma réaction au lendemain de l'écroulement des tours de Wall Street. Je m'étonnais du cadrage impeccable à la hollywoodienne de cette catastrophe spectaculaire, et de mes remarques affirmant que ce scénario était un montage cousu de fil blanc. A qui profitait ce crime horrible si ce n'était au gouvernement Bush qui avait besoin de renforcer ses contrôles, ses interdits et sa main mise sur la population américaine et par ricochet sur l'ONU et le reste du monde vacillant entre la critique et l'acceptation du bourbier irakien! Le meurtre de Mossad en Afghanistan vint à point nommé pour excuser la recrudescence des bombardements contre les talibans.

Plus tard, d'autres écrivains et journalistes connus, émettaient des doutes sur la désinformation étasunienne. Encore aujourd'hui, le doute rongé une partie des auto-

rités responsables du bien-être et de la sécurité des citoyens. Car, pour faire accepter des lois restrictives, quoi de plus facile par exemple, que d'assassiner Ceaucescu, et de provoquer la «révolte» des mineurs en Roumanie tout en muselant la population?

La Grande Bretagne suit ce processus au moment où l'opinion mondiale y compris celle de l'Angleterre et des USA refuse de plus en plus d'envoyer des soldats qui vont se faire tuer pour des causes ne justifiant pas de tels sacrifices. Alors sans se préoccuper des désagréments infligés aux voyageurs, on sort le grand jeu, déstabilisant sans scrupule les aéroports, on interdit tout ce qui est liquide à l'instar des restrictions précédentes qui confisquait les couteaux militaires suisses et autres instruments de manucure, et on arrête 21 personnes musulmanes pour accréditer le mythe terroriste, ceci après une année de surveillance! Tony Blair lui aussi, a besoin de tels coups de publicité pour se faire réélire et effacer sa réputation de «laquais de Bush».

Je pourrais citer des dizaines d'événements tragiques provoqués dans l'unique but d'excuser des mesures impopulaires toujours édictées au



Soldat américain à Bagdad en 2006.

profit d'une nomenclature en place, contre le bien-être des citoyens abreuvés de nouvelles choquantes incontrôlables.

Il y a probablement quelques bribes de vérité par-ci, par-là, c'est pourquoi ces brusques éclats menaçants disparaissent si vite des médias une fois obtenu le résultat escompté. C'est-à-dire présentement l'opinion publique internationale qui oublie ce qui se passe à

Gaza, en Irak, au Darfour, en Afghanistan, en Tchétchénie, au Liban.

Les masses du monde entier tremblent et soutiennent les restrictions politiques, les inconvénients de toute sorte et l'attitude défensive des Etats-Unis et de la Grande Bretagne qui, de plus, coûte des milliards aux contribuables maltraités.

Ce coup de poker est génial.

Le Pileri

Initiative COSA – Distribution bénéfique BNS

Partis et privés ont passé une annonce dans nos quotidiens romands affirmant que l'Initiative COSA est une tromperie et qu'il faut voter NON pour éviter que les cantons, donc les citoyens soient perdants?

Concernant le canton de Genève, (mais il y en a d'autres), il y a tant de sales affaires d'argent volé, dilapidé ou versé aux mauvaises personnes, que je me demande si au lieu de donner la manne de la BNS à l'AVS, on la transférerait aux can-

tons, cet argent ne continuerait pas à être gaspillé de la même façon et encore avec plus de facilité et de laxisme?

Dire que les citoyens seraient perdants, de qui se moque-t-on? Nos finances à Genève sont dans un tel état de pertes considérables que même si ces quelques millions servaient enfin et obligatoirement à diminuer les déficits abyssaux, les citoyens n'y gagneraient rien. Tandis qu'à l'AVS qui fonctionne encore avec satisfaction pour nos aînés devenant de plus en plus nombreux, ce serait une consolidation financière bienvenue pour

l'avenir. Pour les cantons au budget équilibré, sans cet argent ils continueraient à bien se comporter comme jusqu'à présent.

Genève pillée et salopée de tous côtés

Merci Schengen! En plus des voleurs, des violeurs et des malfrats en tout genre, nous avons le plaisir d'abriter les tziganes et les Roms venant des pays de l'Est qui apprennent à leurs enfants à voler. Cette fois, il s'agit de piller les boîtes à habits usagés qui trônent le long de nos rues. Les enfants se glissent à l'intérieur sur les ballots

Suite de page 13.

remplis d'habits et les passent au fur et à mesure par l'ouverture forcée et surveillée par les parents. Le comble c'est qu'ils ne se gênent pas pour s'installer avec leur butin dans les préaux d'écoles, répartir les vêtements les meilleurs entre eux, souvent les enfiler et partir en laissant le reste éparpillé sur le sol. Les concierges ne sont pas contents, ni les associations caritatives récoltant ces fringues pour les distribuer aux pauvres du tiers monde et aux déshérités de nos villes.

Parmi tous les salopards venus de France et d'ailleurs sans papier, ni travail, ni logis, il y a les dealers et autres junkies qui envahissent les bateaux à l'ancre dans le port. Ils viennent pendant la nuit pour s'y shooter, dormir, vomir, et souvent faire l'amour ou se saouler.

Même si on ferme l'entrée des pontons, l'accès aux yachts par le lac est possible, et pendant l'été, on y accède à la nage. D'autre part, les deux prisons étant surpeuplées, que fait la police? Sachant qu'après l'arrestation, elle devra relâcher cette chienlit, elle baisse les bras et laisse faire.

Octopus

L'uniforme à l'école

Il y a longtemps que notre parti demande une intégrations Scolaire grâce à l'uniforme qui égalise les disparités sociales, ethniques et péculières.

Voilà que le parti radical, en perte de vitesse sur le plan politique, enfourche ce cheval de bataille au vu des dégâts causés par ce laxisme vestimentaire qui engendre tant d'angoisse chez les parents désargentés parce que leurs enfants veulent faire comme tous leurs camarades portant des marques coûteuses.

Or il y a lieu de souligner que l'école étant obligatoire, pourquoi ne pas rendre le port de l'uniforme obligatoire lui aussi. Pour rester dans cette logique, il n'y aura pas grand chose à faire en ces temps de bouleversements tragiques envenimant les rapports humains. Cette contrainte vestimentaire serait le commencement de l'ordre suivi de l'obéissance et peut être du renversement des valeurs qui se dégradent de plus en plus, contaminant les esprits.

D'aucun parlent même d'une aide indirecte à l'industrie du textile, ce que l'Iran a fait depuis longtemps avec l'obligation faite aux femmes de porter la burka sur tout le territoire, remettant ainsi sur pieds les fabriques de drap noir qui allaient vers la faillite.

La Chine se réveille

Il y a quatre ans nous écrivions que lorsque la Chine se réveillerait, il faudrait s'attendre à de grands bouleversements mondiaux. Or nous assistons à ces changements douloureux qui vont aller en s'accroissant parce que la différence de système politique entre la Chine totalitaire marxiste et l'Occident droit-de-l'homme libéral, fera toute la différence. En refusant de signer la Charte des Droits de l'homme qui ne parlent ni de ceux de la femme, ni des devoirs populaires, la Chine va façonner le monde à son image, sans se soucier des libertés de chacun, de l'environnement, et de la protection des espèces.

C'est un combat de titans qui s'engage entre les Amériques, l'Occident et une partie de l'Afrique, contre l'Asie incluant la Russie redevenant communiste et totalitaire alliée et la Chine impérialement capitale communiste-caviar.

Ce que les Occidentaux considèrent aujourd'hui comme un bienfait au regard d'un tourisme florissant, peut devenir un danger de surpopulation incontrôlable qui se basera sur l'avidité des individus obnubilés par le gain à n'importe quel prix. Il sera trop tard lorsque le filet sera mis avec ses tentacules monétaires partout, nous transformant en esclaves dociles au service des maîtres rouges revêtus d'une pelisse noire.

Le sport nous montre la voie qui s'ouvre devant nous. On achète à pris d'or n'importe quel joueur talentueux qu'il vienne de Mars ou du Soudan qui défendra sans scrupule des couleurs nationales dont il se moque, pourvu que son compte en banque déborde. La mondialisation en pieuvre maligne, transforme les mentalités en les pourrissant. Pas étonnant que le climat lui aussi change sous l'impact des exactions humaines.

Hani Ramadan revient comme le monstre du Loch Ness

Lorsque les journalistes n'ont plus grand chose à se mettre sous la dent, ils ressortent des cas douteux, en suspens ou jamais résolus. Ramadan cet imam de la Mosquée de Genève, renvoyé du Cycle d'orientation après ses déclarations fracassantes dans le journal français. Le Monde sur l'inviolabilité des versets coraniques exigeant la lapidation en cas d'adultère, refait surface. Je croyais qu'il avait été engagé par l'Université d'Oxford comme professeur, il y a à peine une année?

Peut-être est-il de nouveau un personnage non grata en Grande Bretagne après les divers attentats déjoués ou non qui sont concoctés par le terrorisme musulman? Le comble est l'attitude bizarre de l'instruction publique genevoise qui continue à lui verser son salaire de professeur sans pouvoir l'engager de nouveau. De plus nos autorités indécises et peureuses (ont-elles été menacées d'une quelconque façon?) qui essaient de le recaser à la justice. Heureusement que le juge Zappelli a refusé catégoriquement cette magouille.

Et voilà la justice injuste dont nous dénonçons depuis des années l'irresponsabilité et les deux poids, deux mesures. Ce type qui ose défier la déontologie et l'éthique chrétienne chez nous, est entre-tenu à ne rien faire par nos impôts, alors qu'un Amaudruz ou Berclaz qui osent douter des meurtres de masse dans les chambres à gaz, sont traduits en justice, amendés et enfermés. La question posée par les médias «**Que faire de Hani Ramadan?**», est une insulte au peuple.

Dortoirs sordides

Schengen nous fait bénéficier de l'arrivée massive de Tziganes, Roms et chômeurs venant des pays de l'Est, qui viennent avec famille, armes et bagages munis de visas touristiques ou de faux papiers, pour faire la manche, jouer et voler dans les rues de nos villes, Genève étant privilégiée.

Ainsi on découvre chaque jour des dortoirs sordides occupés par ces gens, comme les squats sous les ponts où les désœuvrés étrangers cohabitent avec des rats au son des clapotis de l'eau, et du passage incessant de milliers de voitures au-dessus de leurs têtes. Un autre trou à rats a été découvert à la rue de la Vuache, dans l'annexe préfabriquée de l'école des arts décoratifs longue de plus de 50 m reposant sur un vide sanitaire de 80 cm de haut. Là des familles entières ont amassé un mobilier hétéroclite de récupération où elles passent la nuit avec les rats courants entre les poubelles. Que feront nos autorités lorsque les cours reprendront en septembre?

Croyez-vous que ces laissés pour compte dans leur pays vont y retourner si nous leur versons le milliard promis par Micheline Calmy-Rey? Ce sont contre de telles situations que les votations du 24 septembre sont nécessaires et surtout ne pas faire d'amalgame avec les étrangers intégrés et travaillant chez nous.

Octopus

Le feu engendre le feu

A la lecture des lettres de mesdames Bongard, Noël et Wachtli dans le courrier du journal Migros-Magazine, concernant les pratiques abjectes qui font le bonheur des Ibères, je n'ai pu m'empêcher de comparer le feu ignoble allumé sur de malheureux animaux sans défense, aux feux de forêts qui ravagent justement ces pays où vivent ces barbares.

Tant que des êtres humains éprouveront du plaisir à voir souffrir dans les arènes ou les rues de leurs villages, des taureaux et des vaches sans défense, il y aura d'autres destructions en signe de punition. La police espagnole a attrapé un incendiaire en train de bouter le feu à une garigue, et le gouvernement a

Suite en page 15

DS 
Démocrates Suisses

Si le contenu du «**Démocrate Suisse / Schweizer Demokrat**» vous plaît,

ABONNEZ-VOUS

- Je m'abonne au journal «**Démocrate Suisse**» (Abonnement annuel fr. 25.-)
 Veuillez m'envoyer des informations sur les activités de notre parti.

Nom: _____

Prénom: _____

Profession: _____

Date de naissance: _____

Adresse: _____

Signature: _____

Téléphone: _____

Envoyer à:
Démocrates Suisses,
Case postale 8116, 3001 Berne

**Organe officiel des
Démocrates
Suisses** **DS**

Secrétariat central:
Case postale 8116
3001 Berne
Tél. 031 974 20 10
Fax 031 974 20 11
sd-ds@bluewin.ch
www.schweizer-demokraten.ch

Le Piloni*Suite de page 14*

décidé d'augmenter la punition qui était fort légère à ce jour. Qu'attend ce même gouvernement pour édicter une loi très sévère interdisant les corridas et autres horreurs envers les animaux?

Nous devons protéger ces animaux qui nous nourrissent. Ils aiment, souffrent et pensent comme nous. Ils savent ce qui les attend aux abattoirs d'où plusieurs d'entre eux essaient, sans succès, de s'échapper. Alors à défaut de pitié, respectons-les. Eux au moins ne font pas la guerre.

Les impôts de la honte

Non seulement les fous de foot imposent des soirées interminables pendant des semaines, de joueurs hurlant sur l'écran de télévision, non seulement ce groupe d'illu-

minés envahissent la presse de communiqués plus impressionnants les uns que les autres et ceci année après année, mais ils veulent encaisser des prébendes faramineuses sans verser un sou aux contributions publiques des villes qui dépendent en leur faveur des millions de francs.

Jusqu'à quand les contribuables suisses se laisseront-ils plumer sans réagir? Plus de la moitié de la population doit-elle continuer à voir ses économies dilapidées de cette façon par une certaine catégorie d'individus qui se repaissent à bon compte, la FIFA en tête? Si tous les spectacles publics sont imposés, pourquoi pas aussi le foot?

Cela rembourserait les dettes abyssales engendrées par cette folie partiellement collective et empêcherait de regretter le versement d'impôts parfois très lourds pour certains budgets.

*Octopus***Blocher a raison**

Les médias audiovisuels sont furieux contre Christoph Blocher qui refuse de participer aux face-à-face truqués que nous offre la télévision. J'y ai participé moi-même à plusieurs reprises sur le sujet des étrangers et j'ai dû faire face à des minutages disproportionnés, on me coupait la parole, et les questions étaient insidieuses. Le meneur de jeu donne toujours la parole à tous ceux qui sont contre quoi que ce soit. Donc ces shows télévisés étant biaisés il est normal que dans le cas présent, Christoph Blocher qui est devenu le bouc émissaire des ressentiments pro-européistes, pro-réfugiés et pro sans-papiers, refuse d'être un pion bousculé sur l'échiquier de ses adversaires.

Abus sexuels sur les filles

Les médias parlent beaucoup du nombre alarmant d'abus sexuels

sur les jeunes filles de 13 à 17 ans. Ils mettent la faute sur le fait que ces adolescentes quittent l'école trop tôt, que certains blogs incitent à la violence et à l'humiliation, et un retour du machisme, parce que la société donne trop de place aux femmes.

Les journalistes ne devraient-ils pas souligner le pourquoi de ces tendances pleines d'arrogance? D'une part les filles s'habillent comme des prostituées avec string apparents, s'offrant ainsi clairement aux garçons qui ne sont pas des saints. Parmi ces mâles à l'affût, il y a nombre de musulmans, disciples avérés de Hani Ramadan qui approuve la lapidation des femmes adultères engendrant par ricochet et amalgame, le dédain et la permission de prendre les filles pour des paillasons et des putains.

Il serait temps de renforcer la discipline, porter l'uniforme et punir le laxisme de certains parents.

*Octopus***En parcourant la presse****Violences tamoules au Sri Lanka**

Au vu des nouvelles effrayantes qui nous parviennent du Sri Lanka, nous ne pouvons laisser passer en silence cette situation de guerre larvée qui décime les populations du Nord de l'île depuis des décennies. Quel pays, quel gouvernement, quelle Organisation Internationale, ONU en tête, se sont consultés pour remettre de l'ordre dans ce pays comme ils l'ont fait pour le Liban. Y a-t-il deux poids et deux mesures?

La réponse est oui, car le Sri Lanka et le Tamil Nadu Indien, ne sont pas au cœur d'un conflit pouvant provoquer une troisième Guerre mondiale avec à la clé, la menace d'une catastrophe nucléaire, Israël, la Syrie et l'Iran ayant des stocks de bombes atomiques.

Cela ne veut pas dire qu'il faille laisser faire les envahisseurs de l'Eelam, venus d'Inde voisine surpeuplée, qui ont chassé les autochtones de leurs maisons et de leurs terres et qui essaient de se défendre en tuant l'occupant provenant d'une autre culture très éloignée de la leur. Le gouvernement sri-lankais envoie régulièrement des troupes pour aider ses concitoyens à rejeter chez eux les Tamouls et comme disent les GI's cette lutte engendre forcément des dégâts colatéraux. Hier, c'est une école de jeunes filles créée par l'oc-

cupant qui a été détruite et c'est le tollé général. Aucune voix internationale ne s'est élevée pour expliquer que celui qui sème le vent récolte la tempête. Seuls les Tamouls sont responsables de cette tragédie. Pourquoi ne pas avoir ouvert cette école chez eux, au Tamil Nadu en Inde?

Quand donc l'ONU et son Conseil de Sécurité, s'élèveront-ils en faveur de cette île perdue et oubliée?

Revenons au 24 septembre

En complément de notre article sur la nécessité de voter deux fois OUI le 24 septembre pour des restrictions légales à l'encontre des clandestins et autres migrants indésirables chez nous, parlons un peu chiffres.

Pour éclairer la lanterne des gauchistes qui prétendent qu'aucun étranger ne vient en Suisse sans permis de travail, rappelons qu'en 2005, 94 000 migrants étrangers sont venus ici dont 40% par le regroupement familial.

Les travailleurs ayant une activité lucrative ne représentent que 37% du total.

Ce qui revient à dire que nous sommes confrontés de plus en plus à une immigration visant uniquement notre système social,

- 1) le taux de chômage des Suisses est de 2.9% et celui des étrangers de 7.2%, ce qui fait un étranger sur 14. Le canton de Genève en est l'exemple flagrant avec les frontaliers de toutes races ayant un passeport U.E. venant en masse chercher du travail
- 2) une rente AI sur 7 est versée à l'étranger.

3) le petit pour-cent des étrangers relevant de l'asile représente tout de même 71 000 personnes, provenant de pays toujours plus lointains amenant avec elles des cultures absolument opposées à nos valeurs.

Et nos autorités qui essaient maintenant de juguler ces tendances coûteuses et dangereuses pour notre mentalité helvético-occidentale et chrétienne, se font contrer par des membres de partis sans cervelle acquis à une mondialisation bigarrée et ouvrant bras et jambes au multiculturalisme père de la décadence mondialisée.

Espérons que les étrangers qui ont acquis le droit de vote, ne feront pas pencher la balance en leur faveur. Donc deux fois OUI le 24 septembre, Hop Suisses!

Tous aux urnes, faisons barrage à l'invasion cherchant à nous traire alors que notre lait se raréfie.

Charlotte Morel

Kulturschaffende sind gegen die Asylgesetzrevision



Sie kochen ihr Moralsüppchen.

Zur Abstimmungsparole der Asyllobby

Das Asylwesen ist längst zu einem sehr lukrativen Geschäft für die

Stärken Sie die Schweizer Demokraten durch Ihre Mitgliedschaft!

Abonnement
SCHWEIZER DEMOKRAT
PC 80-2270-0, Zentralkasse Zürich

pro Mitgliederjahr Fr. 45.–
(für Mitglieder obligatorisch)

- Ich möchte Mitglied der Schweizer Demokraten (SD) werden!
 Nur Zeitungsabonnement
 Nur Adressänderung

Name: _____

Vorname: _____

Beruf: _____ Jahrgang: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Wohnort: _____

E-Mail: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

Schweizer Demokraten (SD),
Postfach 8116, 3001 Bern
E-Post: sd-ds@bluewin.ch

dort Beschäftigten geworden. Hilfswerke, Asylantenbetreuer, Asylanwälte, Übersetzer, Mitarbeiter von einschlägigen Propagandaorganisationen, die Asylrekurskommission mit über 100 Mitarbeitenden, verdienen gutes Geld dank den Asylanten, die meist nichts anderes als illegale Einwanderer sind. Das revidierte Asylgesetz soll nun die massivsten Missbräuche eindämmen. Keine Frage, warum die opponierenden Organisationen – identisch mit den Profiteuren des Asylwesens – sich mit allen Mitteln gegen das revidierte Gesetz wehren: Diese wollen das Asylwesen unter dem humanitären Deckmäntelchen weiterhin so bewirtschaften, wie eine Firma ein Patent oder eine brillante Geschäftsidee bewirtschaftet. Allein Caritas, Terre des hommes, HEKS, SAH, Fastenopfer und die Schweiz. Flüchtlingshilfe kassierten zusammen im 2004 über 40 Millionen aus der Bundeskasse. Deshalb ist klar, wer das Budget ihres Abstimmungskampfes (rund 600 000 Franken) finanziert, nämlich der Steuerzahler. Dieser kommt auch noch für die verschiedensten mit dem Asylwesen zusammenhängenden Randprobleme in Milliardenhöhe auf. Und was ist mit den Opfern von Gewaltverbrechen, begangen durch illegale Einwanderer? Dies alles ist der Asyllobby egal – solange ihre Kassen klingeln.

Otto Weiersmüller, Utetikon

SD: 3 x Ja

Der Zentralvorstand der Schweizer Demokraten (SD) hat folgende Parolen gefasst:

1. Volksinitiative «Nationalbankgewinne für die AHV»

Ja (grossmehrheitlich)

Für die SD ist es unbestritten, dass die AHV Mehreinnahmen und keine Rentensenkungen braucht. Die Nationalbankgewinne sichern die AHV auf Jahre hinaus, ohne dass die Mehrwertsteuer erhöht werden muss.

2. Bundesgesetz über die Ausländerinnen und Ausländer

Ja (einstimmig)

3. Änderung des Asylgesetzes

Ja (einstimmig)

Die Schweizer Demokraten (SD) erachten die Verschärfung des Asylgesetzes und die Revision des Ausländergesetzes als einen Schritt in die richtige Richtung, vermissen aber nach wie vor griffige Massnahmen gegen die Zuwanderung aus dem kulturfremden Raum.

Asylantenlobby ohne Skrupel

Hemmungs- und skrupellos kann die Gegenseite aus Hilfswerks-Kassen mehrere Millionen gegen das Asyl- und das Ausländergesetz mobilisieren. Linke Kulturschaffende und Kirchenvertreter mischen ebenfalls munter mit – unterstützt und gehätschelt durch sämtliche Medien. Einmal mehr führen wir einen Kampf David gegen Goliath. Deshalb ist es äusserst wichtig, dass wir nochmals sämtliche Kräfte mobilisieren. Dieser Ausgabe

liegt ein Einzahlungsschein bei. Sämtliche Spenden werden ausschliesslich für den Kampf zur Verschärfung des Asyl- und Ausländergesetzes verwendet. Auch können Sie auf unserem Sekretariat zusätzliche Zeitungen beziehen. Benutzen Sie ungeniert den untenstehenden Talon. Herzlichen Dank für Ihre wertvolle Unterstützung.

Ihr Bernhard Hess, Nationalrat
und SD-Zentralpräsident, Bern

Asyl-Missbrauch: Stopp!



Ja zum Asylgesetz – Ja zum Ausländergesetz

Im Hinblick auf die Abstimmung vom 24. September 2006 planen wir eine Grosse Auflage unserer Parteizeitung «Schweizer Demokrat». Sie haben entweder die Möglichkeit, diese selber zu verteilen oder eine Verteilung durch die Post mitzufinanzieren. Die Kosten betragen Fr. 130.– pro 1000 verteilte Exemplare.
Postkonto: 80-2270-0 /Zentralkasse Killwangen.

Ich bestelle: _____ (Anzahl) SD-Zeitungen «Asylmissbrauch Stopp!»

Ich übernehme die Kosten von Fr. _____ (Betrag einsetzen) für die Verteilung. Raum/Gemeinde: _____
Sie können auch einfach einen Betrag spenden. Die SD entscheidet dann über die Verteil-Gegend.

Name _____ Vorname _____

Strasse _____ Nr. _____

PLZ _____ Ort _____

Einsenden an: Schweizer Demokraten (SD), Postfach 8116, 3001 Bern, Fax: 031 974 20 11, E-Post: sd-ds@bluewin.ch